

Einwohnerrat

Legislaturperiode 2018 bis 2021

Protokoll

der Sitzungen vom Dienstag, 20. Oktober 2020, 19.00 Uhr, und Mittwoch, 21. Oktober 2020, 19.00 Uhr, Sporthalle Aue

Behandelte Traktanden	Seite
1. Inpflichtnahme	5
1a. Dringliches Postulat Stefan Jaecklin vom 11. September 2020 betreffend Bädererschliessung mit autonomen Kleinbussen (61/20)	6
2. Jahresziele 2021 des Stadtrats (52/20)	6
3. Präventions- und Sicherheitskonzept öffentlicher Raum (56/20)	13
4. Bevölkerungsschutz und Zivilschutz in der Region Baden; Gemeindevertrag (57/20)	20
5. Gesamtbudget 2021 (53/20)	21
6. Kulturvermittlung Bäder; Beitrags- und Realisierungskredite (54/20) Postulat Sarah Wiederkehr und Mitunterzeichnende vom 23. August 2017 betreffend Erhalt und Vermittlung kulturelles Erbe Bäderquartier; Antrag auf Abschreibung (47/17)	37
7. Dringliche Anfrage Mark Füllemann und Stefan Jaecklin vom 1. Juni 2020 betreffend Sichtbares Römisches Bad (31/20; Antwort)	48
8. Energieförderprogramm; Reglement über das Energieförderprogramm (Energierglement) (55/20)	50
9. Gemeinde Sportanlagenkonzept (GESAK) (58/20)	56
10. Sporthalle B; Kantonsschule Baden; Verpflichtungskredit (59/20)	60
11. Dringliche Motion Nadia Omar und Mitunterzeichnende vom 12. August 2020 betreffend Überarbeitung von Badens WOV (45/20); Wahl einer nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommission	63

20. Oktober 2021

Vorsitz: Sander Mallien

Protokoll: Marco Sandmeier, Stadtschreiber II

Stimmenzählende: Georg Gindely
Tobias Vonesch

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrats
6 Mitglieder des Stadtrats

Verwaltung: Benedetta Amato, Leiterin Personal
Hansueli Bähler, Stabschef Öffentliche Sicherheit
Thomas Böhm, Controller
Borter Melanie, Leiterin Altersnetzwerk
Martin Brönnimann, Leiter Öffentliche Sicherheit
Eva Bühler, Co-Leiterin Regionaler Sozialdienst Baden
Thomas Bumbacher, Leiter Finanzen
Albert Conrad, Leiter Zivilstandskreis
Andres Greter, Sportkoordinator
Yvonne Haller, Leiterin Stadtbüro
Jacqueline Keller, Leiterin Kommunikation
Martin Koch, Leiter Tiefbau
Heinz Kubli, Stadtschreiber
Thomas Lütolf, Leiter Standortförderung
David Müller, Leiter Gesellschaft
Patrick Nöthiger, Leiter Kultur
Patrick Nussli, Stadtpolizei
Mirjam Obrist, Leiterin Volksschule
Jarl Olesen, Leiter Planung und Bau
Manfred Schätti, Leiter Immobilien
Astrid Thommen, Administration Stadtammann
Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung

Entschuldigt: Tobias Auer
Natalie Flückiger
Stefan Jaecklin
Oliver Steger

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Ich begrüße Sie alle zur zweiten Sitzung in der Sporthalle Aue.

Die Covid-19-Lage ist zurzeit ernst und dynamisch. Das kann man auch daraus ersehen, dass drei FDP-Mitglieder Covid-19 positiv getestet wurden und sich zurzeit in Quarantäne befinden.

Nicht zuletzt auch deswegen haben wir das Schutzkonzept angepasst. Wir haben folgende Ergänzungen vorgenommen:

In der ganzen Halle gilt Maskenpflicht. Bei den Voten am Mikrofon ist es erlaubt, die Maske zu entfernen, auch wenn die Qualität des Tons mit Maske gleich gut sein soll.

Es wird keine gemeinsame Pause geben. Diese kann man individuell machen. Der Kiosk, der wiederum vom "Städtli" betrieben wird, wird ab ca. 20.30 Uhr offen sein. Ich bitte Sie, die Pause gestaffelt zu machen. Diejenigen, die in der Halle essen, müssen sitzen.

Mitteilungen

Dringliche Vorstösse haben in letzter Zeit inflationär zugenommen. Ich bitte Sie, sich in Zukunft zu überlegen, ob ein Vorstoss wirklich dringlich zu behandeln ist. Laut Reglement muss die Dringlichkeit von Vorstössen begründet sein, was nicht immer der Fall ist.

Ich möchte hiermit auch der Exekutive und der Verwaltung ins Gewissen reden. Die Ratsmitglieder würden es schätzen, wenn vermehrt aussagekräftige und gut geprüfte Vorlagen unterbreitet würden.

Das team baden hat sich für eine Fraktionserklärung gemeldet.

Iva Marelli

Das team baden ist enttäuscht über die gestrige Entscheidung des Stadtrats, das Reglement über den Mehrwertausgleich von Planungsvorteilen zurückzuziehen. Die Stadt braucht das Reglement. Wir sind überzeugt, dass der Einwohnerrat, nach ein paar notwendigen Änderungen, das Reglement heute Abend verabschiedet hätte.

Es ist schon das zweite wichtige Geschäft, das der Stadtrat, nach vorangekündigtem Widerstand des Einwohnerrats, dieses Jahr zurückgezogen hat. Bereits bei der Eigentümerstrategie Parkhaus Ländli war es der Fall. Was glaubt der Stadtrat eigentlich, was der Einwohnerrat mit den Vorlagen macht? Sollte er sie am besten nicht durchlesen, sondern einfach "durchwinken"?

Meine Damen und Herren des Stadtrats: Wir sind im dritten Jahr der laufenden Legislatur. Können Sie die politische Tragweite der uns vorgelegten Geschäfte wirklich nicht besser einschätzen? Wir verwenden viel Zeit und Aufwand für die Vorbereitung der Traktanden. Das Parlament ist selbstverständlich da, um einen politischen Diskurs über die Geschäfte zu führen, die Sie uns unterbreiten. Was sollte sonst unsere Aufgabe sein?

Wir fordern den Stadtrat dazu auf, den Diskurs nicht mit kurzfristigen Rückzügen zu untergraben. Das ist für den Einwohnerrat – was man aus meinem Votum heraushören kann – frustrierend und nicht vertrauensbildend.

Das team baden wünscht sich, dass der Stadtrat künftig die laufenden Geschäfte mit mehr Sorgfalt und Gespür behandelt.

Wie kann es sein, dass das Geschäft über Jahre von der Verwaltung bearbeitet, scheinbar mehrmals dem Stadtrat vorgelegt und dann dem Einwohnerrat in dieser Form unterbreitet wurde. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb das Geschäft nicht in der Strategiekommission beraten wurde und warum keine öffentliche Vernehmlassung stattgefunden hat.

Das Kind ist nun einmal in den Brunnen gefallen. Es missfällt uns, dass heute hier keine Lösung gefunden werden kann. Deshalb werde ich heute Abend zusammen mit Mitunterzeichnenden der Grünen, der SP, der glp und der EVP eine – nota bene – dringliche Motion einreichen, die fordert, dass man das Reglement spätestens an der März-Sitzung 2021 im Einwohnerrat beraten soll.

Ich gebe dem Stadtrat noch einen Gratistipp auf den Weg: Warten Sie bitte nicht bis im Dezember, bis die Motion überwiesen wird, um mit den notwendigen Prozessen anzufangen. Wir setzen bewusst einen sportlichen Zeitplan ein, damit es mit dem Geschäft vorangeht.

Markus Schneider, Stadtammann

Wir nehmen die Kritik selbstverständlich entgegen. Wir haben entschieden, das Reglement zurückzuziehen, weil wir nach den Fraktionssitzungen Hinweise erhalten haben, dass es juristische Probleme gibt. Die Festlegung der Höhe der Abgabe ist ein politischer Diskurs, den man miteinander aushandeln muss. Wenn das Reglement jedoch juristisch überarbeitet werden muss, ist das Aufgabe des Stadtrats. Deshalb haben wir entschieden, das Reglement zurückzuziehen.

Es ist auch für uns frustrierend, wenn wir für das Reglement eine Informationsveranstaltung durchführen, jedoch lediglich fünf Einwohnerräte daran teilnehmen. Wir finden es wichtig, das Reglement juristisch gut abzusichern und diesbezüglich zu überarbeiten. Dass das ein gutes Vorgehen ist, zeigen auch die Erfahrungen der umliegenden Städte. Es ist unser Ziel, Ihnen die Vorlage bereits an der Januar-Sitzung 2021 vorzulegen.

Wir möchten noch eine zweite Mitteilung machen. Adrian Gräub und Michael Rinderknecht haben einen Vorstoss betreffend Offenlegen der Interessensbindungen der Mitglieder des Stadtrats eingereicht, was eine logische Folge zu den bereits offen gelegten Interessensbindungen der Mitglieder des Einwohnerrats ist. Wir haben uns entschieden, nicht bis zur Überweisung des Vorstosses zu warten, sondern die Interessensbindungen sofort offen zu legen. Auf der Homepage der Stadt Baden sind die Interessensbindungen der Stadtratsmitglieder aufgelistet. Deshalb bitten wir die Postulanten, den Vorstoss zurückzuziehen.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Seit der letzten Sitzung sind folgende parlamentarische Vorstösse eingegangen:

- Dringliches Postulat Stefan Jaecklin vom 11. September 2020 betreffend Bädererschliessung mit autonomen Kleinbussen (61/20)
- Postulat Hubert Kirrmann vom 25. September 2020 betreffend Begrenzung des Fahrzeuglärms (62/20)
- Postulat Kurt Wiedemeier vom 30. September 2020 betreffend Weiterentwicklung der Volksschule

- Postulat Adrian Gräub und Michael Rinderknecht vom 7. Oktober 2020 betreffend "Die Mitglieder des Stadtrates sollen die Interessenbindungen offenlegen" (64/20)
- Dringliches Postulat Nora Langmoen und Mitunterzeichnende vom 6. Oktober 2020 betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland) (65/20)

Seit der letzten Einwohnerratssitzung gibt es keine erledigten Vorstösse.

Das Protokoll konnte noch nicht fertiggestellt werden, wird jedoch in den nächsten Tagen publiziert werden. Ich bitte Sie, Ihre schriftlichen Voten dem Ratssekretariat zu senden.

Ich möchte es nicht versäumen, allen die am Wahlsonntag, 27. September 2020, gewählt worden sind, herzlich zu gratulieren. Ich bedanke mich bei den vielen Helferinnen und Helfern, ohne die eine Wahl nicht stattfinden könnte.

Ich bin überzeugt, dass wir bei so vielen Badenerinnen und Badern in Aarau unser politisches Gewicht verstärken können.

Ich gebe zunächst eine Änderung der Traktandenliste bekannt. Wir werden die Traktanden "Präventions- und Sicherheitskonzept öffentlicher Raum" und "Bevölkerungsschutz und Zivilschutz in der Region Baden; Gemeindevertrag" vor dem Gesamtbudget 2021 behandeln, damit wir beim Budget wissen, wovon wir reden.

1. Inpflichtnahme

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Ich bitte alle, ausser Norma De Min, aus Covid-bedingten Gründen, sitzen zu bleiben.

Ich lese nun die Gelöbnisformel vor, welche Sie bitte mit "Ich gelobe es." beantworten.

Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrats, meine Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt wahrzunehmen, die Wohlfahrt der Stadt Baden zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Norma De Min

Ich gelobe es.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Nach dem Gelöbnis sind Sie in Pflicht genommen. Ich wünsche Ihnen viel Freude und Ausdauer im Amt.

1a. Dringliches Postulat Stefan Jaecklin vom 11. September 2020 betreffend Bädererschliessung mit autonomen Kleinbussen (61/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Bei diesem Traktandum befinden wir zuerst lediglich über die Dringlichkeit. Dazu braucht es eine 2/3-Mehrheit. Sollte die Dringlichkeit angenommen werden, würden wir das Postulat am Ende der morgigen Sitzung behandeln.

Michael Brandmaier vertritt Stefan Jaecklin.

Michael Brandmaier

Das Postulat ist dringlich, weil es wichtig ist, die Erschliessung bis zur Eröffnung der Bäder im nächsten Herbst, abgeschlossen zu haben. Es ist ein wichtiges Projekt für die Stadt Baden. Es muss uns gelingen, neues Leben in das Bäderquartier zu bringen. Es müssen alle Massnahmen zeitlich auf die Eröffnung abgestimmt sein, um dazu beizutragen, dass die Eröffnung ein Erfolg wird. Dazu gehört auch die Erschliessung mit autonomen Kleinbussen. Eine Studie hat gezeigt, dass die Erschliessung mit autonomen Bussen möglich ist. Um dieses Ziel umsetzen zu können, muss das Postulat heute als dringlich erklärt und morgen behandelt werden. Wie man in England so schön sagt: "You never have a second chance to make a first impression". Wenn wir wollen, dass die Bäder ein Erfolg werden, muss man am ersten Tag damit beginnen. In diesem Sinn hoffe ich, dass Sie der Dringlichkeit zustimmen werden.

Beschluss

Ablehnung. (28 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen; 2/3-Mehrheit nicht gegeben)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Der Dringlichkeit wurde nicht zugestimmt. Das Postulat wird demnach morgen nicht behandelt.

2. Jahresziele 2021 des Stadtrats (52/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Das geplante Vorgehen ist wie folgt: Zuerst die Stellungnahmen der Finanz- und Strategiekommissionen, danach die Eintretensdebatte, die Detailberatung und dann die Abstimmung.

Markus Rausch, Präsident Finanzkommission

Die Finanzkommission äussert sich nur zum Jahresziel Nummer 5 "Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Finanzen".

Zur Erinnerung: Das Legislaturziel lautet "Die Weiterentwicklung der Stadt Baden steht im Einklang mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln." Mit dieser Vorgabe waren die Jahresziele 2019 und 2020 nachvollziehbar und vom "Einsparen" und dem Priorisieren der richtigen Investitionen zum richtigen Zeitpunkt im Projektportfolio geprägt.

Die grosse Frage für das Jahr 2021 ist: Was nehmen wir uns vor, um das Legislaturziel zu erreichen? Noch mehr sparen? Streichen von Investitionen oder vielleicht doch die Erhöhung des Steuerfusses? Der Stadtrat entscheidet sich sozusagen für ein Konsolidierungsjahr. Der Gürtel bei den Budgetvorgaben für die Abteilungen wird auf das Niveau der Rechnung 2019 eingefroren und die Investitionen werden wie geplant vorangetrieben. Aus diesen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der derzeitigen Lage erscheint das Teilziel 5.1 "Stadt investiert trotz Corona" nachvollziehbar und stützt die Wirtschaft. Weiterhin nimmt man sich vor, tatsächlich 80% der Investitionen zu tätigen, was man in den letzten Jahren nie erreicht hat. Die Finanzkommission fühlt sich in diesem Punkt erhört, begrüsst die Intensivierung des Controllings und ist auf die Auswertung dieses Ziels in der Rechnung 2021 gespannt.

Das Teilziel 5.2 "Einkaufsstadt Baden ist gestärkt" ist nur mit viel Kreativität unter das Legislaturziel einzuordnen. Die Stärkung der Einkaufsstadt ist unbestritten wichtig. Was ist aber mit den Bereichen Tourismus, Gastronomie, Förderung Wirtschaftsstandort usw.? Das Thema wirkt etwas populistisch, beliebig und zudem schwer quantitativ mit Messgrössen greifbar. Die Kommission lässt hier aber das Argument der Corona-Krise in diesem Zusammenhang gelten und stimmt auch diesem Teilziel zu.

Dem Antrag des Stadtrats zur Genehmigung des Finanzjahresziels wurde in der Finanzkommission grossmehrheitlich zugestimmt.

Michael Brandmaier, Präsident Strategiekommision

Die Strategiekommision hat sich ebenfalls mit den Jahreszielen des Stadtrats 2021 beschäftigt. Ich gehe alle sechs Ziele durch.

Das Wichtigste zuerst: Die Strategiekommision stimmt den Zielen des Stadtrats zu, dass die Kongruenzwerte jährlich angegeben und messbarer werden. Man kann über die Detaillierung und die Anzahl der Ziele verschiedener Ansicht sein. Wir hätten uns gewünscht, weniger Ziele zu erhalten. Wir sind als Strategiekommision früh bedient worden mit den Zielen. Wir konnten unsere Fragen und Anmerkungen einbringen, und sie wurden zur Kenntnis genommen und umgesetzt. Wir bedanken uns dafür beim Stadtrat.

Ziel 1: Umwelt und Raum; Entwicklung Bädergebiet

Die Eröffnung der Bäder ist ein wichtiger Agendapunkt im nächsten Jahr. Das sollten wir gebührend feiern. Wichtig und richtig ist auch das Monitoring der Verkehrsströme, um prüfen zu können, ob sie funktionieren. Wir müssen sicherstellen, dass das Römerquartier nicht vom Verkehr überflutet wird und gleichzeitig, dass die Besucher in die Bäder gelangen.

Ziel 2: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Infrastruktur; Partizipation

Die Förderung der Partizipation, insbesondere im Hinblick auf die anstehende Entwicklung des Transformationsprozesses, wird begrüsst. Die Partizipation wird aus Sicht der Strategiekommision breit abgestützt durch Lösungen und erhöhter Akzeptanz in der Bevölkerung, in der Wirtschaft und in der Politik. Es ist auch erfreulich, dass man die Räumlichkeiten der Stadt besser nutzen und öffentlich machen will – über ein einfach zu bedienendes Reservationstool und breit zugänglich. Wir haben, vor allem in der Burghalde, viel investiert. Wir sollten jetzt viel Nutzen daraus ziehen. Das ist ganz im Sinn der Strategiekommision.

Ziel 3: Stadtidentität; Regionale Zusammenarbeit

Die Strategiekommission begrüsst die Abklärungen und Diskussionen, wie eine Modellstadt mit 60'000 Einwohnern aussehen und funktionieren könnte. Diese Abklärungen finden in einer ersten Phase nachvollziehbar auf der Ebene der Exekutiven statt.

Es passt, dass man das Ganze mit einem Auge aus der geplanten Fusion mit Turgi betrachtet. Das könnte einen Prüfstein oder ein Pilotprojekt darstellen. Man sollte aus Sicht der Strategiekommission nicht vergessen, dass der Souverän rechtzeitig einbezogen wird. Der Stadtrat sieht den Einbezug der Bevölkerung in seinen Zielen vor.

Ziel 4: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit; Digitalisierung

Die Strategiekommission begrüsst die fortschrittliche Digitalisierung. Vieles ist jedoch noch nicht ausgereift, d. h. von dem Zeitpunkt an, an dem ein Dokument in die Stadtverwaltung gelangt, bis zum Zeitpunkt, an dem es fertig ausgearbeitet ist, ist der Ablauf nicht voll digitalisiert. Wir würden begrüssen, wenn ein Dokument zwischendurch nicht ausgedruckt und wieder eingetippt werden müsste. Auf dieses Ziel müssen wir hinarbeiten.

Wir sind gespannt, ob die Strategiekommission bei der Smart City-Strategie früh integriert wird, und ob wir Einfluss nehmen und unsere Gedanken und Anregungen einbringen können.

Ziel 5: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit; Finanzen

Wir begrüssen, dass die Stadt Baden weiterhin investiert. Die Orientierung am 80%-Realisierungsgrad sehen wir als grosse Herausforderung, nicht so sehr auf der Seite des Controllings, sondern mehr aus Sicht der Prioritätensetzung. Hier sind wir gespannt auf den neuen Verwaltungsleiter, der in diesem Bereich Akzente setzen sollte.

Die Offenheit für innovative Konzepte im Bereich Ladengeschäfte könnte die Stadt attraktiver für Besucherinnen und Besucher von Baden und Umgebung gestalten.

Der Stadtrat hat ein neues Führungsmodell entwickelt. Die Abteilungsleitenden sind wieder ihm unterstellt. Der Verwaltungsleiter kann sich in einer Stabsfunktion demnach schwerpunktmässig den Projekten widmen. Wir hoffen, dass wir mit einem höheren Umsetzungs- und Realisierungsgrad unser Ziel schneller erreichen werden als in der Vergangenheit.

Die Strategiekommission empfiehlt, den Jahreszielen zuzustimmen.

Adrian Humbel

Die FDP-Fraktion stimmt den Jahreszielen mit zwei Änderungen zu.

Die Jahresziele 1 bis 3 und 5 wurden vom Präsidenten der Strategiekommission gut aufgezeigt. Sie entsprechen der logischen Fortsetzung der Legislaturziele. Wir stimmen diesen Zielen einstimmig zu. Auch die dazugehörigen Indikatoren und Massnahmen nehmen wir zustimmend zur Kenntnis.

Die Stärkung der Einkaufsstadt, die auch vom Präsidenten der Finanzkommission erläutert wurde, gehört richtigerweise nicht zu den Legislaturzielen. Wir begrüssen es jedoch, dass in dieser aussergewöhnlichen Situation flexibel reagiert wird.

Bei den Jahreszielen 4 und 6 haben wir uns gefragt, ob die Ziele in die richtige Richtung gehen.

Das Jahresziel 4.2 sei wie folgt zu ändern: "Die überarbeitete Strategie Smart City ist im Einwohnerrat genehmigt."

Im Jahresziel 6.1 lesen wir, dass die Prozesse der Exekutive geklärt und mit dem Zusammenschluss mit Turgi ausgerichtet seien. Haben wir hier etwas verpasst? Steht der Zusammenschluss mit Turgi schon klar fest? Wir sind der Meinung, dass wir zuerst die Hausaufgaben mit unserer Verwaltung machen müssen. Wenn der Zusammenschluss kommen sollte, werden wir die Verwaltung so anpassen, dass die Gemeinde Turgi integriert werden kann.

Wir raten dem Stadtrat an dieser Stelle, den Mut aufzubringen, voranzukommen, nicht nur ein paar Prozesse durchzuführen, sondern endlich die Verwaltungsreform umzusetzen. Wir stehen hinter dieser Strategie und unterstützen den Stadtrat dabei. Aus diesem Grund stellen wir den folgenden Änderungsantrag:

Das Jahresziel 6.1 sei wie folgt zu ändern: "Die Verwaltungsreform ist umgesetzt."

Bei den beiden Zielen müssen selbstverständlich auch die Indikatoren und Massnahmen entsprechend angepasst und ergänzt werden, was jedoch nicht Aufgabe des Einwohnerrats ist.

Ich hoffe, dass Sie akzeptieren können, dass man sowohl die Verwaltungsreform als auch die Smart City-Strategie vorantreiben und den erwähnten Änderungen zustimmen muss.

Ich werde die Anträge noch schriftlich einreichen.

Fabian Hummel

Wenn ich die Jahresziele lese, kommt mir "sachlich und nüchtern" in den Sinn. Viel mehr kann man wohl nicht erwarten. Die Ziele sollen ja verständlich, aber auch erreichbar und nicht abgefahren und utopisch sein.

Die Ziele sind klar definiert und oft sogar messbar. Es macht auch nicht in jedem Fall Sinn, um jeden Preis eine messbare Grösse zu definieren. Dies könnte auch zu Schnellschüssen führen, um das Ziel "abhaken" zu können.

Die Zielerreichung im Zusammenhang mit der Mobilität um die Bäder wird Ende 2021, nach zwei Monaten Betrieb des neuen Bades, sicher noch nicht einschätzbar oder messbar sein. Ob sich übermässige Staus bilden oder der Modalsplit erreicht sein wird, wird sich frühestens nach mehreren Monaten oder einem Jahr zeigen, wenn der Eröffnungs-Effekt abgeflaut ist.

Uns gefallen die Ziele zur Partizipation der Öffentlichkeit, insbesondere, dass für die Nutzung der öffentlichen Plätze unter Einbezug der Bevölkerung ansprechende Projekte erarbeitet werden sollen.

Es geistert immer noch die Smart City-Strategie in den Jahreszielen herum und versucht, im Fahrwasser des Erfolgsprojekts REK selber zum Erfolg zu kommen. Wir sind alle gespannt, wie sich das entwickeln wird.

Wir stimmen insgesamt den Jahreszielen des Stadtrats zu.

Luca Wälty

Das team baden unterstützt die Jahresziele 2021. Wir machen dem Stadtrat ein Kompliment. Nach Jahren der Kritik kommen die Ziele für das nächste Jahr formell gut daher. Die gesetzten Ziele und die dazugehörenden Indikatoren und Massnahmen sind passend aufeinander abgestimmt und stringent. Die Indikatoren lassen eine Überprüfung der Ziele zu. Inhaltlich finden wir die Ziele nach wie vor bescheiden. Es ist nicht die primäre Aufgabe des Stadtrats, Feste zu organisieren, sondern die Rahmenbedingungen zu schaffen, um eine nachhaltige Entwicklung für die Bevölkerung, die Umwelt und die Wirtschaft zu sichern.

Wir werden die beiden Anträge der FDP zu Smart City und Verwaltungsreform unterstützen.

Barbara Bircher

In der SP-Fraktion war die Schere zwischen den Meinungen über die Jahresziele 2021 weit offen. Von "gar nicht schlecht" über die Schwierigkeiten des Erstellens eines vernünftigen Kriterienrasters, um die Ziele beurteilen zu können, bis hin zur Stimme, man könne die Diskussion über die Ziele einfach abschaffen, weil sie inhaltlich sowieso nichts bringe. Es war alles dabei.

Als langjähriges Mitglied der Strategiekommision finde ich die Jahresziele nach wie vor spannend. Ich bin mit der Arbeit des Stadtrats sehr zufrieden. Ich bedanke mich an dieser Stelle für den Einbezug der Strategiekommision.

In der SP-Fraktion wurde das eine oder andere Ziel diskutiert.

Ziel 1.1: Entwicklung Bäderquartier

Wie kann der Einwohnerrat in einem Jahr feststellen, ob die Besucherinformation oder die Lenkung funktioniert haben?

Ziel 2.1: Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Partizipation

Woran misst man, ob die digitale Plattform erfolgreich eingeführt wurde?

Ziel 2.3:

Eine Frage, die uns sehr interessiert: Wie wird die Wirkung des Präventions- und Sicherheitskonzepts evaluiert? Und vor allem, wie wird die Qualität der jeweiligen Intervention überprüft?

Ziel 2.1: Durchführung Bäderfest

Wenn das nur halb so gut wird, wie der Enthusiasmus des uns informierenden Stadtammanns, wird das Fest ein voller Erfolg werden.

Was uns noch mehr freut, als das Bäderfest, ist das Ziel 5.1 zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Der Stadtrat will trotz Coronakrise weiterhin gemäss Investitionsplanung in gute Rahmenbedingungen für den Standort Baden investieren.

Bei den Jahreszielen kommt es auch auf die richtige Betonung an. Wir haben uns gefragt, was der Zusammenschluss mit Turgi beim Ziel 6.1 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit; Organisation, zu suchen hat. Man muss das Ziel richtig betont lesen. Wenn man liest: "Die Prozesse von Exekutive und Verwaltungsführung sind geklärt und auf den Zusammenschluss mit Turgi ausgerichtet",

ist das eine ganz andere Aussage als wenn man liest: "Die Prozesse der Exekutive und der Verwaltungsführung sind geklärt **und** auf den Zusammenschluss mit Turgi ausgerichtet."

Wir sind ebenfalls gespannt, ob wir zum ersten Teil irgendwann etwas mehr zu hören bekommen. Ich finde es jedoch sinnvoll, dass man mit Turgi zusammenschliessen will. Deshalb stimmen wir der Änderung der FDP nicht zu.

Am meisten gespannt sind wir auf das Jahresziel 4.2, Strategie Smart City.

Die SP-Fraktion stimmt den Jahreszielen zu. Sie entscheiden, ob mein Votum inhaltlich etwas gebracht hat oder nicht. Ich hoffe, dass die Antwort dazu führen wird, dass man in Zukunft diese Debatte abschaffen kann.

Steven Van Petegem

Die Grünen Baden haben die Jahresziele 2021 geprüft und grossmehrheitlich gutgeheissen. Die Ziele sind klar formuliert und nachvollziehbar. Die Indikatoren sind schlüssig, klar und meistens eindeutig und messbar. Die daraus folgenden Massnahmen sind auch nachvollziehbar.

Wir finden jedoch, dass die Ziele selber wenig ambitioniert und meistens leicht erreichbar sind. Da gibt es noch Luft nach oben. Es stellt sich nach wie vor die Frage nach dem Sinn dieser jährlichen Übung. Es ist immer noch unklar, was die Ziele genau bringen werden. Sie stützen sich vor allem auf die wenig ambitionierten Legislaturziele des Stadtrats. Dabei bleibt leider wenig Raum für Neues.

Simon Binder

Die CVP wird den Jahreszielen 2021 zustimmen.

Die Ziele sind klar formuliert, nachvollziehbar und von den Legislaturzielen abgeleitet. Sie bauen auf den diesjährigen Jahreszielen auf. Die Stossrichtung erachten wir auch als richtig. Die Formulierung der Indikatoren ist ebenfalls klar. Bei der Zielerreichung wird eine effektive Prüfung ermöglicht.

Inhaltlich sind wir besonders auf den Bericht über die sogenannte 60'000-Einwohner-Modellstadt gespannt. Wir hoffen natürlich, dass dieser positiv ausfallen wird. Wir sind überzeugt, dass wir in Zukunft die Herausforderungen in der Region gemeinsam angehen müssen. Wir sind überzeugt, dass von einer verstärkten Zusammenarbeit bis hin zu Fusionen die ganze Region profitieren würde. Mit gebündelten Kräften haben wir sowohl kantonal als auch national mehr Gewicht und Einfluss, um unsere Interessen durchzusetzen.

Markus Schneider, Stadtammann

Ich bedanke mich für die unterschiedliche, aber grundsätzlich positive Aufnahme der Jahresziele 2021.

Die Jahresziele sind natürlich aus den Legislaturzielen abgeleitet. Wir freuen über die positiven Rückmeldungen der Strategiekommission.

Die Mobilität in den Bädern wurde angesprochen. Die Zeitspanne sei zu kurz, um sie zu messen. Wir sind der Meinung, dass wir diese Herausforderung annehmen sollten. Das Mobilitätskonzept zu kontrollieren und Rechenschaft über den Nutzen abzugeben, ist grundsätzlich Sache der Betreiber des Bads. Noch nicht geregelt ist der Zeitpunkt. Wir sind deshalb der Ansicht, dass wir rechtzeitig prüfen müssen, ob es von Anfang an funktioniert.

Zum Ziel der Prozesse der Exekutive:

Wir haben uns bewusst dazu entschieden, diese Prozesse zu überprüfen und im Hinterkopf zu behalten, dass wir gleichzeitig in einer Fusionsprüfung stecken. Im Hinblick auf einen evtl. Auftrag der Bevölkerung zur Ausarbeitung eines Fusionsvertrags, wäre es nicht sinnvoll, etwas zu erarbeiten, um es zwei Jahre später wieder ändern zu müssen. Deshalb ist das Ziel auch entsprechend formuliert. Ich bitte Sie, dem Ziel zuzustimmen.

Die FDP hat sich auch zum Ziel 4.2: Strategie Smart City geäußert. Nach der Ablehnung der Strategie haben wir versucht, wichtige Punkte und Änderungen aufzunehmen.

Im REK sind die Entwicklungen der Stadt als Zentrumsstadt, als Wirtschaftsstandort usw. in einem aussagekräftigen Papier festgelegt, das von Ihnen wohlwollend beurteilt wurde. Das sollte der Strategie Smart City eigentlich dienen. Wir haben deshalb im Team entschieden, die Strategie basierend auf den strategischen Stossrichtungen des REK auszurichten. Entscheidend ist natürlich die Genehmigung der Strategie durch den Einwohnerrat. Wir haben die Genehmigung jedoch nicht in die Ziele integriert, sondern in den Indikatoren. Dort steht: "...und ist vom Einwohnerrat genehmigt." Wir sind der Meinung, das Ziel sei richtig formuliert.

Ich finde es wichtig, die Jahresziele jeweils dem Einwohnerrat vorzulegen und eine Diskussion zu führen. Es ist auch wichtig, die Strategiekommission zu informieren und Rückmeldungen zu erhalten.

Ich hoffe, dass betreffend Bäderfest nicht nur der Stadtammann enthusiastisch ist, sondern auch der Einwohnerrat davon angesteckt wird, und dass er dem Kredit, der später zur Genehmigung vorgelegt wird, zustimmen wird.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass wir an den Jahreszielen festhalten. Wir bitten Sie, die Änderungsanträge abzulehnen.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Wir stimmen über die Änderungsanträge ab.

Der erste Antrag lautet: Das Jahresziel 4.2 sei wie folgt zu ändern: "Die überarbeitete Strategie Smart City ist im Einwohnerrat genehmigt."

Beschluss:

Zustimmung. (36 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Der zweite Änderungsantrag lautet: Das Jahresziel 6.1 sei wie folgt zu ändern: "Die Verwaltungsreform ist umgesetzt."

Beschluss:

Zustimmung. (27 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen)

Beschluss:

Die Jahresziele des Stadtrats 2021 werden mit folgenden Änderungen genehmigt:

- Jahresziel 4.2 "Die überarbeitete Strategie Smart City ist vom Einwohnerrat genehmigt."
- Jahresziel 6.1 "Die Verwaltungsreform ist umgesetzt."

(grossmehrheitlich)

3. Präventions- und Sicherheitskonzept öffentlicher Raum (56/20)

Markus Rausch, Präsident Finanzkommission

Das vorliegende Präventions- und Sicherheitskonzept stützt sich auf verschiedene Massnahmen ab:

- Verbesserung Koordination und Zusammenarbeit
- Prävention durch Präsenz, Polizei und mobile Jugendarbeit
- Früherkennung
- Entsorgung und Reinigung
- Gesetze und Rahmenbedingungen, Videoüberwachung und Alkoholverkaufsverbot

Der Weg ist aus Sicht der Finanzkommission der richtige. Die Wirkungskontrolle der getroffenen Massnahmen wird von der Kommission sehr begrüsst.

Die Finanzkommission wünscht sich auch bei dieser Massnahme ein Resümee nach zwei Jahren, wie die Personalressourcen eingesetzt wurden und die Wirkung aussah.

Es zeigt sich auch bei diesem Geschäft, dass in Baden ein grosser Effort für die angrenzenden Gemeinden erbracht wird. Es muss die Frage aufgeworfen werden, wie man diese Gemeinden an den Kosten beteiligen kann.

Es wird kritisch angemerkt, dass dieses Konzept nur einen Teil des Problems löst, da keine Alternativen für die Jugendlichen aufgezeigt werden. Diese Alternativen müssen in einem ergänzenden Bericht aufgearbeitet werden. Die Einführung eines Alkoholverkaufsverbots stösst bei Teilen der Kommission auf Unverständnis, auch der Umstand, dass die rechtliche Basis noch nicht abgeklärt wurde.

Der Antrag, die wiederkehrenden Kosten in die Budgets der Abteilungen und die Finanzplanung aufzunehmen, wurde einstimmig angenommen.

Michael Brandmaier, Präsident Strategiekommision

Die Strategiekommision hat sich ebenfalls mit diesem Thema befasst. Sie ist gewillt, das Sicherheitskonzept zur Kenntnis zu nehmen. Wir finden den Ansatz "Prävention vor Repression" sehr gut. Der Ausbau der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Polizei ist nachvollziehbar.

Bei einem Teil der Strategiekommission ist das Verkaufsverbot für Alkohol ab einer gewissen Zeit ebenfalls auf Unverständnis gestossen. Der Strategiekommission ist es wichtig, dass man versucht, die Effektivität der Massnahmen messbar zu machen und regelmässig Bericht zu erstatten. Das könnte die Frage beantworten, ob die Kernprobleme mit den Jugendlichen mit diesen Massnahmen gelöst werden könnten. Man könnte die Massnahmen mit der Zeit so anpassen, dass die Jugendlichen aus der Anonymität herausgeholt werden und langsam eine soziale Kontrolle aufbauen.

Wir bitten Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Kurt Wiedemeier

Hinschauen ist besser als wegschauen. Vorbeugen ist besser als heilen. Das sind Grundsätze, welche wir im Gesundheitswesen, in verschiedenen Wirtschaftszweigen und an den Schulen versuchen zu leben. Die CVP/die Mitte sieht im vorliegenden Konzept genau diese Grundsätze. Das finden wir sehr gut. Die zu gründende Koordinationskommission soll meiner Ansicht nach die Betroffenen zu Beteiligten machen. Junge Menschen aus der Anonymität herausholen und einbinden in die Lösung dieses Problems, ist für uns ein wichtiger Grundsatz für die Umsetzung. Das Konzept ist Papier, und Papier ist geduldig. Es wird von der Umsetzung des Konzepts und vom konkreten Umgang mit den im Fokus stehenden jungen Leuten abhängen, ob es gelingt.

Es wird wichtig sein, über unsere Stadtgrenzen zu schauen, zum Freizeitverhalten von jungen Menschen, die nicht in Baden wohnen, ihre Freizeit aber in Baden verbringen. Sie kommen von Brugg, Zurzach, Spreitenbach usw. Es wäre wichtig, mit Jugendarbeitern und Lehrpersonen aus der Umgebung ins Gespräch zu kommen, um eine optimale Umsetzung durchzuführen. Nur wenn es uns gelingt, Jugendliche zu Beteiligten zu machen, werden wir Erfolg haben. Sie werden sich angesprochen fühlen und uns ernst nehmen. An den Früchten werdet ihr sie erkennen!

Gian von Planta

Ich versuche, die Position der glp zusammenzufassen. Wir teilen die Auffassung, dass wir in Baden an einigen Orten ein Problem mit Lärm, Abfall und Sachbeschädigung haben. Wir teilen auch die Auffassung, dass eine verstärkte Koordination und Prävention sicherlich sehr sinnvoll ist, um diese Probleme bewältigen zu können.

Dann wird es mit diesem Dokument jedoch schon schwierig. Es fängt im ersten Kapitel an, in dem es darum geht, die Massnahmen auszuführen und auszuwerten. Es wird beispielsweise überhaupt nicht thematisiert, dass die Videoüberwachung in Baden massiv ausgebaut wurde. Dass es z. B. in der Cordulapassage vier Kameras hat. Wenn man die Wirklichkeit sieht, muss man einsehen, dass es nicht wirklich etwas gebracht hat. Wir haben heute an der Stelle ein Problem. Man lernt daraus, dass man mit Videokameras das Problem nicht wirklich lösen, sondern nur verschieben kann. Den Ausbau der Videoüberwachung nach Bedarf und zielgerichtet unterstützen wir nicht. Nota bene: Baden hat im Kanton Aargau mit Abstand am meisten Videokameras installiert.

Es ist geplant, ein Alkoholverkaufsverbot ab 22.00 Uhr einzuführen. Wir können uns vorstellen, punktuell, wo ein Problem mit Alkoholverkauf besteht, im Sinn der Prävention mit den Betreibern zu sprechen, insbesondere wenn der Betreiber in einer Liegenschaft der Stadt ist. Ein generelles Alkoholverkaufsverbot ist für uns kein Thema.

Wir unterstützen natürlich die Prävention. Allerdings würde Prävention in unseren Augen nicht bedeuten, dass man mit zwei Polizei- und einer Jugendarbeitsstelle arbeiten würde. Wir wären eher für zwei Jugendarbeitsstellen und, wenn nötig, eine Polizeistelle.

Der Absender des Konzepts ist für uns – trotz der schönen Worte von Prävention und Kooperation – einigermassen gut zu erkennen. Mehr Videoüberwachung, mehr Polizeistellen und Alkoholverbot! Das atmet für uns eindeutig Luft von Repression und nicht von Prävention.

Wir werden aus den genannten Gründen den Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen.

Stefanie Kessler

Die SP Baden begrüsst die Bemühungen betreffend Prävention und Sicherheit im öffentlichen Raum. Wir sind jedoch nicht ganz einverstanden mit den geplanten Massnahmen. Sie wirken grösstenteils repressiv auf uns. Wir wünschen uns Lösungen und keine Verbote. Wir wünschen uns eine Prävention auf Augenhöhe.

Es freut uns, dass der Pilotversuch im Bereich Ländliplatz/Cordulapassage positiv ausgefallen ist. Die Ziele unter Punkt 2 im Konzept sind schwer messbar. Warum wird da nicht mehr mit Zahlen gearbeitet? Dass die Verwaltung die Koordinations- und Moderationsrolle übernehmen wird und verschiedene Stellen einbezogen werden, finden wir gut. Aus unserer Sicht wäre jedoch ein gemeinsamer Lead der Fach-(Abteilungen) Öffentliche Sicherheit und Gesellschaft zielführender. Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter könnten sicherlich die in diesem Prozess noch fehlenden, aber nötigen emotionalen und sozialen Aspekte einbringen.

Wir finden es schade, dass bezüglich Verkaufsverbot von Alkohol ab 22.00 Uhr die rechtlichen Abklärungen nicht bereits in das vorliegende Papier eingeflossen sind. Damit hätte ein klares Bild vermittelt werden können, z. B. welche Betriebe von diesem Verbot genau betroffen wären. Es wäre auch spannend gewesen zu erfahren, was die Erfolge der SBB tatsächlich bedeuten. So oder so würde das Verbot die Probleme nicht lösen. Die Jugendlichen würden andere Möglichkeiten finden, zu Alkohol zu gelangen.

Wir hätten uns auch betreffend Videoüberwachung gewünscht, dass die rechtlichen Abklärungen Teil dieses Konzepts gewesen wären.

Es stellt sich folgende Frage: Wo ist eine Überwachung wirklich notwendig und aufgrund welcher Indikatoren wird entschieden? Wir haben grosse Bedenken, wenn es um mobile Anlagen geht. Es kann nicht sein, dass Menschen regelrecht durch Kameras verfolgt werden.

Wir begrüssen es, dass die mobile Jugendarbeit wiedereingesetzt wird. Wir sind davon überzeugt, dass diese Fachleute mittels gezielter Beziehungs- und Sensibilisierungsarbeit viel erreichen werden. Es wäre jedoch schön gewesen, wenn das Umsetzungskonzept Teil dieser Vorlage gewesen wäre. Das geplante Vorgehen und auch, wie die Vorstellungen der Abteilung Öffentliche Sicherheit zusammenspielen, hätten uns interessiert.

Es ist uns klar, dass in diesem Prozess auch eine Erhöhung der polizeilichen Präsenz notwendig ist. Die Höhe der zusätzlichen Personalkosten hat uns jedoch erstaunt. Wäre es nicht möglich, hier ein Gleichgewicht zwischen Polizei und Jugendarbeit zu finden?

Wir erachten es als richtig, dass die Personalressourcen für die Stadtreinigung an den Wochenenden erhöht werden. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen betroffenen städtischen Mitarbeitenden für ihren grossen Einsatz.

In Sachen Wirkungsprüfung würden wir es begrüßen, wenn auch der Einwohnerrat auf dem Laufenden gehalten würde.

Wir nehmen das vorliegende Konzept zur Kenntnis. Dem zweiten Antrag betreffend Kosten stimmen wir zu. Wir wünschen uns jedoch eine vermehrte Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Öffentliche Sicherheit und der Fachabteilung Gesellschaft. Nur so können die geplanten Ziele effizient und nachhaltig erreicht werden. Das muss auch den Jugendlichen und jungen Erwachsenen bewusst sein. Sie sollen sich verantwortlich fühlen für ihre Stadt und für ihren öffentlichen Raum. Es ist klar, dass diese Art der Sensibilisierung Zeit brauchen wird. Wir sind jedoch überzeugt, dass es sich lohnen wird.

Norma De Min

Am Wochenende beobachte ich es selber in Baden: Die Stimmung hat sich verändert. Es gibt jedes Wochenende Schlägereien und Streitereien. Die Grünen sind sich einig, dass im öffentlichen Raum etwas passieren muss. Wir sind froh, dass die Stadt Baden erkannt hat, dass man den Jugendlichen nicht einfach Raum wegnehmen kann, sondern dass das Problem auf anderem Weg angegangen werden muss. Das neue Präventions- und Sicherheitskonzept der Stadt Baden weist jedoch einige Mängel auf. Wie kann man ohne eine seriöse Analyse der aktuellen Situation ein gutes Konzept erarbeiten und das Prüfen eines Monitorings evaluieren? Wir fragen uns, was die neu angestellten Polizistinnen und Polizisten mit 200 Stellenprozenten unter der Woche machen werden. Man geht davon aus, dass man speziell ausgebildete Polizistinnen und Polizisten benötigt, bei der Jugendarbeit jedoch nicht. Ich bin selber jung und weiss, wie Jugendarbeit belächelt und nicht ernst genommen wird, wenn keine Profis am Werk sind.

In unserer Fraktion wurde auch die Videoüberwachung und das Alkoholverkaufsverbot kritisch diskutiert.

Wir begrüßen im Grossen und Ganzen das neue Präventions- und Sicherheitskonzept, sind jedoch enttäuscht von den wenigen Stellenprozenten für die Jugendarbeit und vom Stand eines Zwischenberichts, das uns eine Prüfung des Konzepts ermöglichen würde.

Ein anderer Ansatz, um das Problem anzugehen wäre, sich zu überlegen, weshalb die Jugendlichen überhaupt auf die Strasse gehen und trinken. Vielleicht fehlt ihnen ein Ort, wo sie sich aufhalten und wohlfühlen können.

Luca Wälty

Das team baden steht gespalten zum Präventions- und Sicherheitskonzept. Einzelne Massnahmen werfen Fragen auf. Die Ausgangslage ist für das team baden zu wenig objektiv. Die Patrouillentätigkeit der Stadtpolizei Baden ist im 2018 von 46'900 Stunden auf 42'900 Stunden im Jahr 2019 gesunken. Auch die Verhaftungen sind von 98 im 2018 auf 82 im Jahr 2019 zurückgegangen. Das sind nicht gerade Anzeichen dafür, dass gewisse Massnahmen notwendig wären.

Die Ziele sind klar und nachvollziehbar formuliert. Bei den Indikatoren hingegen vermissen wir klare Zahlen, um den Erfolg der einzelnen Massnahmen anfangs 2022 zu beurteilen. Zudem erwarten wir, dass die Zwischenberichte 2022 und 2024 und der Abschlussbericht nicht nur zuhanden des Stadtrats verfasst wird, sondern auch der Strategiekommission oder dem Einwohnerrat vorgelegt wird.

Die Massnahmen 3.1, Koordination und Zusammenarbeit, 3.4, Früherkennung, und 3.5, Entsorgung, Reinigung und Depotsystem, sind aus unserer Sicht unbestritten.

Das Alkoholverkaufsverbot ab 22.00 Uhr ist beim team baden nicht unbestritten. Für das Lernen und den Erwerb von Kompetenzen, wie zum Beispiel der Umgang mit Genussmitteln, ist ein Verbot eine einfache, aber keine nachhaltige Lösung. Ein Verbot trifft alle, auch diejenigen, welche einen adäquaten Umgang mit Alkohol haben. Das team baden begrüsst es, wenn die entsprechenden Verkaufsstellen vermehrt in die Pflicht genommen, und die Kontrollen, z. B. der Verkauf von Alkohol an Minderjährige, verstärkt werden. Ist der Verkauf von Alkohol an öffentlichen Festen, z. B. am Bäderfest oder an der Badenfahrt, ortsgebunden oder wird in Zukunft ab 22.00 Uhr an Festen in Baden kein Alkohol mehr ausgeschenkt werden?

Laut Konzept, Kapitel 3.2.2, kann eine Videoüberwachung installiert werden, wenn sie geeignet, verhältnismässig und wirtschaftlich ist. Hier würden wir gerne vom Stadtrat wissen, wie er die Indikatoren bei der Installation von neuen Videoüberwachungen beurteilt.

Im Rahmen von Optima wurde die aufsuchende Jugendarbeit von der bürgerlichen Ratshälfte gestrichen. Wie sich jetzt zeigt, stellt das ein klassisches Eigengoal dar. Wir müssen nun mit viel Geld die Kompetenzen wiederaufbauen. Wir hoffen, dass zukünftig bei Optima 3, 4 und 5 keine kurzsichtigen Sparmassnahmen durchgeführt werden.

Wir stehen der Erhöhung um zwei Vollzeitstellen bei der Polizei ebenfalls teilweise skeptisch gegenüber. Die Problematik, welche im Präventions- und Sicherheitskonzept beschrieben wird, tritt hauptsächlich am Wochenende auf. Was machen die beiden Vollzeitangestellten an den anderen Tagen? Werden die beiden Vollzeitstellen wieder gestrichen, falls das Konzept, bzw. die Massnahmen, erfolgreich sein sollten?

Ich bedanke mich für die Beantwortung der Fragen.

Daniel Schneider

Wir erachten das Präventions- und Sicherheitskonzept als positiv.

Dieses Konzept ist aufgrund der Entwicklung der Sicherheitsprobleme und Konflikte im öffentlichen Raum **leider** eine erforderliche Massnahme.

Die Verbindung und Zusammenarbeit von Polizei und Jugendarbeit als Kombination bringt für dieses Projekt die gewünschte Prävention. Es gibt sicherlich auch Jugendliche im öffentlichen Raum, die den "Ausgang" in Baden unbeschwert und anständig verbringen wollen, was einen Sicherheitsgewinn darstellt. Für die anderen braucht es jedoch ein solches Konzept.

Eine regelmässige Berichterstattung ist unerlässlich.

Wir unterstützen die Vorlage und nehmen das Präventions- und Sicherheitskonzept zur Kenntnis.

Adrian Gräub

Die SVP hat sich auch mit diesem Traktandum beschäftigt. Wir sind überzeugt, dass es ein gutes Präventions- und Sicherheitskonzept ist, und stimmen den Kosten zu.

Leider ist der Punkt erreicht, dass man vor allem an den Wochenenden zusätzliche Massnahmen für die Sicherheit ergreifen muss, was zusätzliche Kosten mit sich bringt. Wir gehen davon aus, dass der Zeitpunkt richtig ist, weil sich die Probleme mit der Verdichtung des Wohnens usw. noch verschärfen werden. Es ist jedoch wichtig, dass die Allgemeinheit nicht eingeschränkt wird. Wir finden deshalb beispielsweise ein Alkoholverkaufsverbot ab 22.00 Uhr völlig überrissen und wenig zielführend. Was wir beibehalten möchten und richtig und wichtig finden, ist die Videoüberwachung. Eine abschreckende Wirkung ist nicht zu leugnen, und gewissen Personen gibt sie ein Sicherheitsgefühl. Wir würden dem Stadtrat mit einem Augenzwinkern sogar eine mobile Überwachung empfehlen, da es mit den fixen Überwachungsgeräten nicht immer klappt.

Doris von Siebenthal

Ich finde es wichtig, dass so ein Konzept existiert. Etwas hat mich jedoch gestört. In der Vorlage steht unter "Präventions- und Sicherheitskonzept öffentlicher Raum; das Wichtigste in Kürze": Gruppe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Weshalb genau geht das nur Jugendliche und junge Erwachsene an? Weshalb darf sich der Rest der Gesellschaft anders verhalten und z. B. Alkohol konsumieren, und Jugendliche sollten in irgendeiner Form lernen, es nicht zu tun. Wir sind als Gesellschaft gefordert, genauso wie Jugendliche und junge Erwachsene, uns im öffentlichen Raum so zu benehmen, dass sich alle sicher fühlen können.

Ich plädiere dafür, sich zu überlegen, dass es den "öffentlichen Raum" betrifft und nicht nur eine bestimmte Gesellschaftsschicht.

Matthias Gotter, Stadtrat

In dieser Vorlage geht es um den öffentlichen Raum. Es betrifft uns alle tagtäglich. Deshalb haben wir eine differenzierte Auffassung dieses Konzepts, was gut ist. Wenn die Mehrheit der Verwaltungsabteilungen und der Stadtrat keinen Handlungsbedarf gesehen hätte, hätten wir kein Konzept verfasst.

In Ihren Wortmeldungen sind immer wieder ähnliche Fragen aufgetaucht. Ich versuche, diese zu beantworten.

Es ging beispielsweise um die Erhebung von Indikatoren, eine Sachanalyse oder eine Bestandsaufnahme. Die Polizei ist täglich, sieben Tage die Woche in der Grundversorgung an der Front. Wir wissen da sehr genau, wo Handlungsbedarf besteht. Das Polizeijournal bildet die Sachlage in der Stadt Baden und in den Vertragsgemeinden ab.

Bei der Situation, wie sie im Konzept beschrieben wird, war es notwendig zu handeln. Die Gesellschaft fordert es. Doris von Siebenthal hat völlig recht. Präventiv arbeiten heisst, mit allen Altersgruppen arbeiten, auch mit der Altersgruppe über 65 Jahre. Präventive Arbeit ist nicht gut messbar. Das Messen und das Setzen eines Häkchens bei den Indikatoren ist schwierig zu beurteilen. Wir werden erst im Schlussbericht wirklich eine Aussage dazu machen können.

Es wurde nach den zusätzlichen 200 Stellenprozenten der Polizei gefragt. Logischerweise gibt es für die Polizei am Wochenende in unserer Stadt mehr zu tun. Dementsprechend haben die Damen und Herren mit einer speziellen jugendpolizeilichen Ausbildung unter der Woche zwei Tage frei. Es geht hier jedoch auch um Prävention der Älteren. Wir konnten im Rahmen eines Vortrags bei Senioren in Rütihof über Diebstahl und Betrug informieren. Die Leute waren interessiert und stellten viele Fragen. Genauso wichtig ist die Früherkennung. Man sollte in die Schulen gehen

und mit Kindern und Jugendlichen bereits in der Mittelstufe über digitale Medien diskutieren, Vorträge halten und präventive Arbeit leisten, damit – wie Kurt Wiedemeier gesagt hat – allfällige Früchte geerntet werden können.

Wir erachten das Konzept alles andere als repressiv. Eine repressive Vorlage wäre, dass wir zwei uniformierte, mit einer Waffe ausgerüstete Polizisten beantragen würden. Beim vorliegenden Konzept geht es um präventive Arbeit zusammen mit der Jugendarbeit, der Polizei und im weiterführenden Gremium mit dem Werkhof. Die Koordinationsgruppe ist u. a. dafür zuständig, in niederschwelliger Art und Weise an die oben erwähnten Gruppen zu gelangen.

Die Videoüberwachung wurde auch mehrfach erwähnt. Sie ist Teil dieses Konzepts. Wir stellen solche Videoüberwachungsanlagen in Hot Spots auf, wie kürzlich auf der Ruine Stein. Solche Mittel setzen wir als letzte Massnahme ein. Bei jeder Kamera liegt eine Bewilligung der kantonalen Datenstelle vor.

Ich habe Verständnis für die Skepsis gegenüber einem allfälligen Alkoholverkaufsverbot ab 22.00 Uhr. Es handelt sich hier jedoch lediglich um einen Prüfungsauftrag. Ich möchte noch präzisieren, dass es nicht um Alkoholausschank, sondern um Alkoholverkauf geht.

Ich möchte noch ein Beispiel betreffend "Betroffene zu Beteiligte machen" nennen. Anlässlich eines Rundgangs mit der Präventionsgruppe letzten Freitag in Baden habe ich erfahren, dass einige Jugendliche freiwillig auf die Jugendarbeiter zugegangen sind und gefragt haben, ob sie etwas zum Thema Abfall machen könnten. Diese Menschen muss man beim Wort nehmen. Man soll zum Thema Abfall ein kleines Projekt starten und diese Jugendlichen daran beteiligen.

Die Koordinationsgruppe schafft Schnittstellen zwischen Jugendarbeit und Öffentliche Sicherheit. Polizeiliche Ausbildung ist dann vonnöten, wenn man beispielsweise Personalien aufnehmen muss. Es kann in gewissen Situationen durchaus heikel werden. Das haben wir auch am Rundgang am Freitagabend gemerkt. Es war teilweise laut und wortstark. Man erreicht in solchen Situationen auch bei der Jugendarbeit einen Punkt, an dem man sich über die Anwesenheit der Polizei freut. Das Kernstück dieser Vorlage ist das Miteinander der verschiedenen Akteure.

Ich würde mich freuen, wenn Sie der Vorlage zustimmen würden.

Beschluss:

1. Vom Präventions- und Sicherheitskonzept Öffentlicher Raum wird Kenntnis genommen. (38 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen)
2. Die wiederkehrenden Kosten werden in den Budgets und Finanzplanungen der betroffenen Abteilungen aufgenommen. (28 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen).

4. Bevölkerungsschutz und Zivilschutz in der Region Baden; Gemeindevertrag (57/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Wir kommen zum vorgezogenen Traktandum 8.

Ich habe eine Vorbemerkung zu diesem Geschäft. Das Vertragswerk gilt für zehn Gemeinden der neuen Bevölkerungsschutzregionen. Ein Teil der Vertragsgemeinden hat den Regelungen bereits zugestimmt. Aus diesem Grund sind keine Änderungen möglich. Der Einwohnerrat kann somit nur zustimmen oder ablehnen.

Das Vorgehen ist wie folgt: Zunächst erfolgt die Stellungnahme der Finanzkommission, gefolgt von der Eintretensdebatte und der Abstimmung. Evtl. findet vor der Abstimmung noch eine Detailberatung statt.

Markus Rausch, Präsident Finanzkommission

Das regionale Führungsorgan und der regionale Zivilschutz des Wasserschlosses und Region Baden werden zusammengeschlossen. Der Zusammenschluss wird in einem Gemeindevertrag geregelt.

Der hauptsächliche Mehrwert ist die neue Organisation mit teilprofessionalisierten Strukturen. Die Bewältigung von Grossereignissen, Katastrophen, Notlagen und schweren Mangellagen wird auf längere Zeit sichergestellt. Mit diesem Vorgehen können auch die Personalbestände sichergestellt werden.

Die zu erwartenden gesamten Mehrkosten für den Betrieb des Regionalen Führungsorgans und der Zivilschutzorganisation von rund CHF 70'000 erscheinen realistisch.

Die Finanzkommission empfiehlt einstimmig, den Gemeindevertrag über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz in der Region Baden zu genehmigen.

Von den jährlich wiederkehrenden Kosten und dem Verteilmechanismus nimmt die Finanzkommission Kenntnis.

Fritz Bosshardt

Die folgenden zwei Punkte dieser Vorlage haben das team baden dazu bewegt zuzustimmen:

1. Es ist zunächst die Auswertung der regionalen Zusammenarbeit in Bereich des Bevölkerungsschutzes. Für einmal kann Baden die Zügel aus der Hand geben und den Lead an die Gemeinde Untersiggenthal abgeben, was wir als sinnvoll erachten.
2. Wir erhalten mit dieser Organisation teilprofessionalisierte Strukturen. Aus eigener Erfahrung als Zivilschützer kann ich sagen, dass teilprofessionelle Strukturen noch Luft nach oben haben. Das unterstützen wir und sind bereit, die Mehrkosten hinzunehmen.

Wir möchten jedoch der Zivilschutzkommission empfehlen, in Zukunft ein Auge auf die Ausgaben und insbesondere auf die Materialbeschaffung zu haben.

Lukas Eberle

Die CVP stimmt dem Gemeindevertrag und dem Verteilmechanismus zu. Es macht aus unserer Sicht viel Sinn, wenn Synergien genutzt werden, das Einzugsgebiet der Zivilschutzorganisation vergrössert wird, und so eine Professionalisierung ermöglicht wird. Wir begrüssen auch, dass mit Untersiggenthal eine andere, starke Gemeinde an der Limmat den Lead übernimmt. Jetzt wäre es natürlich schön, wenn sich die Kunde herumsprechen würde, dass es bei regionalen Kostenverteilungen nicht immer ein Theater geben muss.

Nora Langmoen

Die SP wird dem Gemeindevertrag über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz in der Region Baden zustimmen. Wir erachten die Zusammenlegung des Bevölkerungsschutzes RFO und ZSO als sinnvoll. Dadurch können Synergien genutzt und die Organisation professionalisiert werden. Aufgrund dieser positiven Aspekte nehmen wir die Mehrkosten in Kauf.

Matthias Gotter, Stadtrat

Ich bedanke mich für die Auseinandersetzung mit diesem Geschäft. Ich freue mich, dass sie hinter diesem Zusammenschluss stehen. Es ist ein Zeichen für Regionalität. Ich finde es gut, dass eine andere Gemeinde die Führung übernehmen kann. Vielen Dank für die Zustimmung.

Beschluss:

1. Der Gemeindevertrag über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz in der Region Baden wird genehmigt. (grossmehrheitlich)
2. Von den jährlich wiederkehrenden Kosten wird Kenntnis genommen und dem Verteilmechanismus (pro Kopf der Bevölkerung am 31. Dezember des Vorjahrs) zugestimmt. (grossmehrheitlich)

5. Gesamtbudget 2021 (53/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Auch hier das übliche Vorgehen: Zunächst die Stellungnahme der Finanzkommission, danach die Eintretensdebatte, evtl. eine Detailberatung und anschliessend die Abstimmung.

Markus Rausch, Präsident Finanzkommission

Ich bedanke mich zuerst bei der Verwaltung für das Ermöglichen eines Budgetprozesses.

Die Finanzkommission hat ihre Abteilungsbesuche, wie in den Vorjahren, durchgeführt. Sie konnte sich ein gutes Bild über die aktuellen Herausforderungen der jeweiligen Abteilung machen.

Wie stellt man in so unsicheren Zeiten ein vernünftiges Budget auf? Wie entwickeln sich die Steuereinnahmen der juristischen und der natürlichen Personen? Was passiert auf der Aufwandseite – steigen die Sozialleistungen? Fragen über Fragen! Zum Zeitpunkt der Budgetierung war es unmöglich, seriöse Antworten zu liefern?

Mit dieser Ausgangslage ist die Vorgehensweise des Stadtrats, die Budgetierung auf der Aufwandseite unabhängig von der Corona-Beeinflussung zu tätigen, absolut richtig. Die Vorgaben für die Abteilungen wurden – bis auf die Fachabteilung Steuern – deshalb nicht Corona-bereinigt.

Was gebe ich nun als Stadtrat den Abteilungsleitenden für die Budgetierung mit auf den Weg? Der Stadtrat hat hier mit dem Wechsel der Beurteilungsbasis zur letzten Rechnung und nicht mehr zum letztjährigen Budget, einen richtigen strategischen Entscheid getroffen. Diese Massnahme führt zur Straffung der Abteilungsbudgets und kann als Sparmassnahme verkauft werden. Die Annäherung an die Realität wird sicherlich erhöht.

In welche Richtung muss der Stadtrat weiter "rennen", um die Folgen der momentanen Krise zu beherrschen? Wir haben es bei der Festlegung des Jahresziels bereits diskutiert: Sparen, Investitionsstop, Investitionsförderung, Anpassung Steuerfuss? Der Stadtrat hat sich für eine Konsolidierung der Massnahmen entschieden. Wir fahren für die Budgetierung weiter wie bis bisher. Die Projekte der Budgetkommission werden ebenfalls weiterverfolgt. Das waren die Vorgaben für die Abteilungsleitenden und das Budget.

Wie kann ich aber das Risiko der mutmasslichen Covid-Auswirkungen beherrschen? Hier zahlen sich die positiven Möglichkeiten der wirkungsorientierten Verwaltungsführung aus. Der Entscheid des Stadtrats, 30% des Bestands der WOV-Konten den Abteilungen zu entnehmen und in ein Spezialkonto Corona, welches unter der Verantwortung des Stadtrats steht, zu überführen, ist absolut richtig. Im Idealfall kann dieses WOV-Konto die Auswirkungen auffangen. Mit diesen Vorgaben und Instrumenten ist der Stadtrat in dieses ungewisse Rennen gestartet. Herausgekommen sind Planwerte, die ein leicht negatives operatives Ergebnis von minus CHF 700'000 und ein positives Gesamtergebnis von knapp plus CHF 2 Mio. zeigen.

Es bleibt jetzt zu hoffen, dass der Plan aufgeht. Die Finanzkommission hatte auch kein Geheimrezept im Köcher, um das Budget "gescheiter" aufzustellen. Es ist festzuhalten, dass mit den geänderten Vorgaben für die Budgetierung der Abteilungen nun die "Luft" rausgelassen wurde. Es ist als Konsequenz in den Folgejahren auch einmal mit negativen Überraschungen bei den Rechnungsabschlüssen zu rechnen.

Bezüglich des Spezialkontos Corona wünscht sich die Finanzkommission mehr Transparenz vom Stadtrat. In der Zwischenzeit sollten pro Abteilung bessere Schätzungen für die Auswirkungen 2021 gemacht werden können. Der Stadtrat hat deshalb auf Wunsch der Finanzkommission eine Gegenüberstellung des geäußerten Spezialkontos WOV gegen die Corona-Aufwendungen bis zur nächsten Finanzkommissionssitzung im November versprochen. Damit kann das Risiko etwas realistischer eingeschätzt werden.

Für die Folgejahre muss dieses Instrument nochmals hinterfragt werden, da bei einem Rückgang der Fiskaleinnahmen auch die weitere Speisung dieses Spezialkontos nicht mehr gewährleistet werden kann.

Die Aktualisierung des Finanzplans hat sich in der Verwaltung etabliert und zeigt einen Gradmesser, in welche Richtung sich die Finanzsituation der Stadt entwickelt. Der Stadtrat hat zwei massgebende Stellschrauben gefunden, um den 10-Jahresplan vom Negativen ins Positive zu drehen. Durch die Orientierung am Vorjahresergebnis als Budgetvorgabe konnte der betriebliche Aufwand beim Personal, Sach- und Betriebsaufwand und beim Transferaufwand deutlich niedriger prognostiziert werden. Durch die Einführung eines Realisierungsgrads von 80% für die geplanten Investitionen sinken die zu berücksichtigenden Abschreibungen und verbessern somit das operative Ergebnis. Damit zeigt der Grundsatzbeschluss Glanzmann eines ausgeglichenen operativen

Ergebnisses von 2019 bis 2028 ein Plus von CHF 16 Mio. gegenüber dem Wert von minus CHF 16 Mio. aus dem letzten Jahr.

Die Vorgaben für die Reduktion des betrieblichen Aufwands, gerade beim Personal, Sach- und Betriebsaufwand und die realistische Darstellung der Investitionen, sind nun auf dem Tisch. Der Stadtrat wird an diesen beiden Punkten gemessen.

Beim Finanzplan ist nun auch die Luft raus. Die Aufwandseite (Personal, Sach- und Betriebsaufwand, Transferaufwand und Abschreibungen) ist bis auf das Minimum heruntergerechnet. Die Einnahmeseite wurde mit einem gleichbleibenden Steuerfuss durchgerechnet. Wo hier Ausgleichspotential steckt, wenn der Stadtrat die Ziele auf der Aufwandseite nicht erreicht, kann sich jeder Einwohnerrat selber überlegen.

Beim Studium des Finanzplans fallen die Finanzausgleichszahlungen in der Höhe von durchschnittlich CHF 11 Mio. auf. Analysiert man auch die Zentrumslasten, die die Stadt Baden zu tragen hat, kann man auf die Idee kommen, dass sich diese Zahlen nicht in Einklang befinden. Der Stadtrat muss sich hier überlegen, ob es Wege gibt, um die Zentrumslasten den Finanzausgleichslasten gegenzurechnen.

Die Finanzkommission empfiehlt einstimmig, das Gesamtbudget 2021 zu genehmigen.

Mark Füllemann

Die FDP akzeptiert das Gesamtbudget 2021 mit kleinen Ausnahmen zu den Budgetkrediten. Sie stimmt dem Steuerfuss von 92% zu.

Wir erachten folgende Punkte als positiv:

Trotz des schwierigen Umfelds ist das operative Ergebnis nur leicht negativ, nämlich 5% des betrieblichen Aufwands. Wir begrüßen die Speisung durch WOV-Mittel in ein Spezialkonto Corona. Gerade für solche Situationen ist es gut, über ein solches "Kässeli" zu verfügen.

Die Finanzplanung ist sehr realistisch, insbesondere weil man einen Realisierungsgrad von 80% eingeführt hat. Für uns zeigt die Finanzplanung deutlich, dass keine Steuererhöhung notwendig ist. Eine Steuererhöhung würde lediglich Steuern auf Vorrat bedeuten.

Wir haben das Budget von einer ganz anderen Seite angeschaut.

Angenommen, wir wären eine Bank. Die Stadt Baden würde eine erste Hypothek beantragen und Schulden machen. Ein solider Schuldner hat Schulden von weniger als 60% der verwertbaren Aktiven, die eingesetzt werden könnten. Wir haben nachgerechnet. In den letzten sieben Jahren waren die verwertbaren Aktiven immer höher als die Schulden. Wenn wir den Finanzplan zugrunde legen, sind wir weit unter 60%. Wir sind für eine Bank ein sehr solider Schuldner.

Die zweite Frage ist, ob wir die Hypothek überhaupt zurückzahlen könnten. Wir müssten jedes Jahr 1/20 der Schuld zurückzahlen, d. h., wir müssten Geld zur Verfügung haben, und zwar keine Positionen in der Buchhaltung, sondern Cashflow. Von 2016 bis 2019 hätten wir CHF 15,6 Mio. zurückzahlen müssen. Der Geldfluss war in dieser Zeitspanne CHF 58 Mio. Wir können es uns also leisten. Der Finanzplan ist gut gemacht.

Ich habe den Begriff "akzeptiert" gewählt. Das heisst, dass wir noch nicht zufrieden sind mit dem Budget. Es gibt noch Verbesserungspotential. Es ist zwar gelungen, die massive Steigerung der Rechnung 2019 und des Budgets 2020 zu reduzieren, der Aufwand wurde aber nicht reduziert. Der betriebliche Aufwand der Stadt, ohne Transfer, ist von 2019 bis 2021 um CHF 3 Mio. gestiegen. Wir sind lediglich für eine halbe Million verantwortlich. Die Abschreibungen sind um CHF 0,5, der Aufwand ist um CHF 2,5 Mio. gestiegen.

Von Sparen ist keine Rede. Diejenigen im Saal, welche immer noch von "Totsparen" sprechen, spielen "Märchentante Trudi Gerster"! Wir haben mehrmals eine Verwaltungsreform gefordert. Eine Verwaltungsreform soll die Effizienz steigern, d. h. sie müsste sich im Budget abbilden. Es ist kein Franken im Budget als Effizienzsteigerung ersichtlich. Wir erwarten hier für die Zukunft eine substantielle Verbesserung.

Seit Jahren moniere ich, dass die Messgrössen bei der Mehrheit der Produkte nicht geeignet sind, um die Zielerreichung zu messen. Baden ist eine Stadt mit einer wirkungsorientierten Verwaltung. Es ist unsere Pflicht als Einwohnerräte, die Leistung der beabsichtigten Wirkung zu überprüfen. Wie können wir das, wenn die Messgrössen in keiner Relation zu den Zielen stehen?

Wir von der FDP hoffen, dass die neue WOV-Kommission sich diesem Missstand annehmen wird.

Ein paar wenige Produkte können wir leider anhand der Budgetvorlage nicht beurteilen. Dazu zählt die Öffentliche Sicherheit, die gegenüber der Rechnung 2019 im 2021 eine Million Franken mehr Steuern brauchen will, obwohl sie CHF 700'000 Bussen einnimmt. Zum Teil erklärt sich das durch die zwei Stellen, die früher am Abend erwähnt wurden. Auch die Informatik und die Volksschule beantragen eine Million Franken mehr an Steuermitteln.

Ich finde es nicht gut, wenn der Stadtrat einen Tag vor der Einwohnerratssitzung Unterlagen versendet. Wir sind dann nicht in der Lage, die Situation zu diskutieren. Das ist Missachtung des Milizprinzips.

Nadia Omar

Das vorliegende Budget ist mit Unsicherheiten behaftet. Es ist sozusagen ein "Corona-Budget". Es gibt natürlich Prognosen, aber niemand weiss, wie sich die Wirtschaft, das Steuersubstrat und die Ausgaben entwickeln werden.

Aufgrund der vielen Unsicherheiten begrüsst das team baden, die 30% zulasten der WOV-Konten für ein besonderes "Corona"-WOV-Konto abzuschöpfen. Es ist uns zwar nicht ganz klar, wie der Stadtrat auf die 30% gekommen ist, sind jedoch froh über diese Reserven. Besonders, weil das Budget 2021 auf der Rechnung 2019 basiert, was wir sehr schätzen. Das bedeutet jedoch für die Verwaltung, dass weniger "Luft" für Unvorhergesehenes vorhanden ist.

Das team baden begrüsst den Vorsatz des Stadtrats, pro Jahr wenigstens 80% der geplanten Investitionen umzusetzen. Das scheint uns ein gutes Ziel zu sein. Mit dem Burghalden-Oberstufenzentrum 2021 finden wir es nicht besonders ambitioniert. Für die zukünftigen Jahre ist der Vorsatz aber sehr wichtig.

Das team baden dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für das vorliegende Budget, dessen Erstellung dieses Jahr sicherlich eine besondere Herausforderung war.

Es werden über die Entwicklungsplanung Mehrkosten für Öko-Strom verrechnet. Das sollte unseres Erachtens in Zukunft Standard sein und über die Produkte abgerechnet werden und nicht zentral über die Entwicklungsplanung.

Betreffend die Koordinationsstelle Altersnetzwerk Baden begrüßen das team baden, und besonders auch die EVP, die Bestrebungen, dass etwas für das Alter und das Netzwerk gemacht wird. Das Thema Alter wird uns in der Politik und als Gesellschaft immer öfter beschäftigen. Deshalb sollte das Thema sichtbarer gemacht werden.

Zu den Budgetkrediten wird das team baden einen Antrag stellen betreffend Mobiliar Schlossbergplatz.

Im Immobilienunterhalt wurde auch dieses Jahr wieder der laufende Unterhalt in den Budgetkrediten untergebracht. Wir haben schon letztes Jahr moniert, dass diese Kosten in die laufende Rechnung gehören. Das wurde nicht umgesetzt. Wir hoffen, dass das nächste Budget entsprechend angepasst wird.

Es freut uns, dass die Prognosen dieses Aufgaben- und Finanzplans jährlich besser und genauer werden. Auf der anderen Seite fehlen uns die Visionen. Visionen zur Stadtentwicklung, aber auch realistische Entwicklungen. Die Kostensteigerung in der Gesundheit soll bis 2030 bei null bleiben. Das ist keine realistische Einschätzung. Beim Verkehr und der Nachrichtenübermittlung soll es auch keine Kostensteigerung geben. Das Gleiche gilt auch für den Umweltschutz und die Raumordnung. Auch da wird bis 2030 mit einer Null gerechnet. Unseres Erachtens werden diese Kosten sicherlich steigen. Sollte der Stadtrat hierzu keine Visionen haben, hätten wir ein paar Ideen parat.

Den Investitionsplan bis 2030 finden wir ein wenig zu simpel, obwohl sicherlich alle Kredite enthalten sind, die noch beantragt werden.

Zur Stadtentwicklung fehlen noch Angaben, z. B. zum Mättelisteg oder zum Bäderquartier. Um das Potential der Entwicklung unserer Stadt zu erreichen, bräuchten wir laut gewisser Studien mindestens CHF 15 Mio. Investitionen pro Jahr. Deshalb legen wir dem Stadtrat nahe, die Planungspositionen im Budget 2022 - 2026 auf insgesamt CHF 15 Mio. zu erhöhen.

Das team baden ist der Meinung, dass Baden in Zukunft nur mit Visionen und Stadtentwicklung eine dynamische Weltstadt im Kleinformat bleiben kann. Deshalb stimmt das team baden dem Gesamtbudget 2021 zu.

Corinne Schmidlin

Ich nehme es vorweg, die Grünen Baden werden dem Budget 2021 zustimmen.

Wir sind der Meinung, dass die Verwaltung und der Stadtrat gute Arbeit geleistet haben. Mit dem Budget wurden diverse Massnahmen umgesetzt, mit dem Ziel, das Budget näher an die Wirklichkeit zu bringen. Es ist uns bewusst, dass damit der Handlungsspielraum bei den Abteilungen abgenommen hat. Die Ziele sind ambitioniert und die "Rüebli" hängen höher als auch schon. Der Handlungsspielraum für weitere Sparübungen ist aus unserer Sicht deutlich eingeschränkt. Das werden wir zukünftig sorgfältig beobachten müssen.

Wir sind jedoch froh, dass – trotz der angespannten Lage – Sonderausgaben, wie z. B. für das Jugendfest, auf das wir nicht verzichten sollten, da es nur noch alle drei Jahre stattfindet, nicht gestrichen wurden. Wir stehen der Idee, die Kostenfolgen der Corona-Pandemie nicht bei den

einzelnen Abteilungen zu budgetieren, sondern in einem zentralen WOV-Topf bereitzustellen, grundsätzlich positiv gegenüber. Uns fehlen die Begründungen, wie man auf die 30% kommt oder, ob bereits aus dem Topf Geld bezogen worden ist, und wenn ja, wieviel. Wie sind die Perspektiven? Wird das Geld ausreichen? Ich bin froh, von der Finanzkommission zu hören, dass der Stadtrat im November darüber Auskunft geben wird.

Wir stimmen auch den finanztechnischen Anpassungen zu, dass man den Realisierungsgrad zu 80% beachtet. Mit dem ist die 10-Jahresplanung realistischer. Die Unsicherheiten bleiben jedoch.

Wir bedanken uns bei der Verwaltung und beim Stadtrat für die sorgfältige Arbeit, die in dieser schwierigen Zeit geleistet worden ist.

Hansruedi Stauffacher

Angesichts von Corona, Lockdown und anfallenden Kosten für die Bewältigung der Krise, legt der Stadtrat ein positiv gestimmtes Budget vor. Er rechnet beim operativen Ergebnis lediglich mit einem Fehlbetrag von CHF 0,7 Mio., was angesichts der zu erwartenden Ausfälle ein bescheidener und tragbarer Betrag ist.

Aus unserer Sicht ist es erfreulich, dass die Stadt Baden weiterhin investiert, Neues anpackt, die Stadt gestaltet und die Lebensqualität erhöht.

Im Investitionsvorschlag tauchen jetzt konkrete Digitalisierungsvorhaben auf, solche, die in der Vorlage zur Smart City erwähnt worden waren. Das freut uns. Das ist der Weg, den wir bei der Ablehnung im Juni vor Augen hatten: Ohne grossen organisatorischen Überbau soll der Stadtrat Anträge zur Realisierung von Digitalisierungsprojekten vorlegen. Im kommenden Budget sind sogar mehr Ausgaben vorgesehen, als es bei der Zustimmung im Juni gewesen wären. Investiert wird jetzt direkt in Produkte. Das halten wir für einen guten Weg.

Die Aussage, aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der schlechten Aussicht keine Lohnerhöhung zu beantragen, finden wir jedoch nicht zwingend. Dass dann noch sowohl im Vorwort als auch bei den Erläuterungen genau der gleiche Text verwendet wurde, macht die Sache nicht besser, und schon gar nicht einleuchtender.

Der Kanton ist bei den Löhnen eine mögliche Referenzgrösse. Dieser sieht in seinem Budget eine Erhöhung der Löhne um 0,5% vor. Wir werden keinen entsprechenden Antrag stellen, möchten aber doch darauf hinweisen, dass eine Erhöhung in diesem Umfang sicher auch in Baden möglich gewesen wäre, und dem Stadtrat ermöglicht hätte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Anerkennung ihrer Leistung im schwierigen Jahr 2020 auch in Form einer Lohnerhöhung auszusprechen. Dass das für das Personal eine wichtige Geste gewesen wäre, müssen wir nicht speziell betonen.

Wir werden dem Gesamtbudget 2021 und dem vorgesehenen Steuerfuss zustimmen.

Michael Rinderknecht

Die SVP Baden empfiehlt die Annahme des Gesamtbudgets 2021. Angesichts der grossen prognostischen Unsicherheiten zum jetzigen Zeitpunkt wegen Corona stellen wir uns hinter den Stadtrat. Das Budget 2021 rechnet mit einem Corona-bedingten Steuerrückgang von CHF 6,7 Mio. Die angepasste 10-Jahres-Prognose geht hingegen von einer kurzen Corona-Welle im Jahr 2021

aus, mit anschliessender vollständiger Erholung, nicht nur bezüglich Finanzen, sondern auch bezüglich bisher angenommener Wachstumsindikatoren. Wir hoffen für uns alle, dass dem genauso sein wird.

Ich muss Ihnen heute Abend trotzdem mitteilen, dass die Stadt Baden gegenüber finanzieller Probleme sowie daraus resultierender künftiger Blockadesituationen eventuell nicht immun sein kann. Unter anderem ist auch die Situation der umliegenden Gemeinden beunruhigend. Man kann dort beobachten, dass die Verschuldung selbst durch ungeliebte Steuererhöhungen über Jahre nicht beseitigt werden kann. Die angestrebte Handlungsfähigkeit kann nur in einem erschreckend kleinen Mass wieder zurückerlangt werden. Auch wenn Sie nicht immer unserer Meinung sind, hoffe ich doch, dass Sie eine solche Situation für Baden vermeiden wollen.

Zum Budget:

Wir sehen eine Seitwärtsbewegung bei den Kosten der Produkte. Es kann positiv festgehalten werden, dass zumindest die Ausgaben nicht wesentlich steigen werden. Wir merken jedoch immer stärker die Abschreibungen unserer Bauten, die unsere Produkte verteuern. Besonders erwähnenswert ist das Schulhaus Burghalde, welches nächstes Jahr fertig gebaut sein wird und entsprechende Abschreibungen generieren wird.

Auch dieses Jahr müssen wir feststellen, dass die lang angekündigte Verwaltungsreform immer noch keine greifbaren Resultate oder gar Einsparpotential aufzeigen konnte. Wir warten weiterhin. Wir sind nicht der Ansicht, dass angesichts des vorgelegten Budgets das Bild der ausgepressten Zitrone bemüht werden kann. Wir werden später über die Budgetkredite sprechen. Die Herausforderungen waren früher schon gross und sind durch die Corona-Situation nicht kleiner geworden.

Renzo Iten

Wir von der glp finden, dass im aktuellen Umfeld zwar vorsichtig mit den Finanzen umgegangen werden soll, es aber nicht der Moment ist für einschneidende Massnahmen. Wir begrüssen deshalb, dass das Budget 2021 basierend auf dem gleichen Steuerfuss erstellt worden ist und zwecks Abfederung eine Reserve aus dem WOV-Konto genutzt werden soll.

Bei den Budgetkrediten sind uns einige Positionen aufgefallen. Wir haben uns gefragt, ob die CHF 200'000 für die Neugestaltung und die Möblierung des Schlossbergplatzes gut investiert sind. Wir finden die aktuelle Situation mit dem lokal-eigenen Mobiliar, wie im gestern verschickten Bericht beschrieben, nicht so schlecht. Sollte es neues Mobiliar geben, gibt es bestimmt andere Wege als eine Eigenbeschaffung der Stadt. Wir begrüssen hingegen eine Aufwertung mittels Begrünung und freier Sitzgelegenheiten.

Unter dem Punkt Digitalisierung sind mehrere Projekte aufgeführt, bei denen wir das Kosten-Nutzen-Verhältnis kritisch hinterfragen. Folgende Beispiele seien genannt:

- Stadt-App für CHF 45'000
- Blog-Lösung für baden.ist für CHF 30'000
- Funktionserweiterung Internet für CHF 30'000

Wir bitten den Stadtrat, mit nötigem Bedacht vorzugehen und den Finanzen Sorge zu tragen. Wir werden dem Gesamtbudget 2021 zustimmen.

Sarah Wiederkehr

Auch die CVP wird dem Gesamtbudget 2021 und dem Steuerfuss von 92% zustimmen.

Wir bedanken uns ebenfalls bei den Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern, dass sie beim neuen Justierungsprozess mitgemacht haben. Es ist uns durchaus bewusst, dass das eine Änderung im Planungsprozess bedeutet hat.

Es ist uns wichtig, dass die einzelnen Massnahmen nach wie vor durch die Budgetkommission verfolgt und umgesetzt werden. Wir sehen bereits erste Verbesserungen im aktuellen Budget, welche aufgrund der Budgetkommission zustande gekommen sind.

Der Einfluss der Pandemie auf die städtischen Ressourcen ist zurzeit sehr schwer einzuschätzen. Es wurden Anpassungen bei den Steuereinnahmen vorgenommen. Was im Bereich der Ausgaben geschehen wird, kann man heute noch nicht sagen. Es ist jedoch klar, dass diese "Welle" aufgrund der Konjunkturprognose nicht nur auf 2021 zu beschränken ist. Es werden wohl auch hohe Aufwendungen beim Sozialdienst auf uns zukommen. Wir finden das Vorgehen gut, wonach Corona-Auswirkungen über das WOV-Konto abgefangen werden.

Es wurde vorher der Ansatz einer möglichen Lohnerhöhung angesprochen, die der Kanton auch gemacht hat. Es ist schwierig zu argumentieren, dass bei der öffentlichen Hand Lohnerhöhungen möglich sind und bei der Privatwirtschaft in gewissen Betrieben aktuell um jeden einzelne Arbeitsstelle gekämpft werden muss. Insbesondere, weil man davon ausgehen muss, dass der durchschnittliche Warenkorb im nächsten Jahr nicht teurer werden wird. Ich würde das deshalb zurzeit nicht unterstützen.

Markus Schneider, Stadtammann

Ich bedanke mich für die gute Aufnahme des Budgets. Es ist sicherlich keine leichte Aufgabe, in der jetzigen Zeit ein Budget aufzustellen. Deshalb gebührt der Grosse Dank der Verwaltung und den Abteilungsleitenden, welche das Budget erarbeitet haben. Wir haben uns der Aufgabe gestellt und verschiedene Massnahmen getroffen. Viele Rednerinnen und Redner haben die Genauigkeit des Budgets bemerkt. Wir haben eine Einschätzung der Ausgaben von 2020 und eine Schätzung, was 2021 alles auf uns zukommen wird, vorgenommen. Es wurde viel Zeit investiert. Wir glauben, ein realistisches Budget erstellt zu haben. Entscheidend ist, mit diesem Budget die Vorgaben nach bestem Wissen und Gewissen einzuhalten. Selbstverständlich müssen wir das Geld dort ausgeben, wo es nötig ist, um gute Resultate zu erzielen. Wir haben übers Ganze gesehen strenge Vorgaben gemacht. Man muss den Einfluss der Steuereinnahmen abwarten. Es wird auch entscheidend sein, ob sich die Wirtschaft in den nächsten Monaten erholen wird. Wir werden die Situation bei der Wirtschaft verfolgen. Wir stehen auch in Verbindung mit dem Kanton und anderen, ähnlich grossen Städten wie Baden. Unser Vorteil ist WOV. Wir haben sowohl Gelder auf der Steuerseite zur Verfügung als auch Abteilungsrückstellungen. Den "Corona-Topf" erachten wir als eine gute Reaktionsmöglichkeit auf unvorhersehbare Situationen. Wir werden mit diesen Geldern selbstverständlich sorgfältig umgehen und sie dort einsetzen, wo es nötig ist.

Der Stadtrat ist der Meinung, das Budget sei gut. Sie haben sich in Ihren Stellungnahmen mehrheitlich dieser Meinung angeschlossen. Wir haben gewisse visionäre Entwicklungen im Finanzplan abgebildet. Diese werden jedoch auch zeitnah zum Zug kommen. Wir sind durch den Wakkerpreis auch dazu verpflichtet, vorwärts zu machen. Es sind verschiedene Projekte, wie das neue Schulhaus im Kappelerhof oder ein zentrales Verwaltungsgebäude usw., vorgesehen. Das ist natürlich ein Finanzplan über 10 Jahre, welcher Jahr für Jahr geändert wird.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Das Budget bedarf keiner weiteren Diskussion. Wir gehen direkt zu den Budgetkrediten über.

Fritz Bosshardt

Budgetkredit 07-201: Mobiliar Schlossbergplatz.

Die Abteilung Immobilien hat uns im Vorfeld der Sitzung ein Factsheet zukommen lassen. Die Ausführungen im Factsheet haben uns jedoch nicht überzeugt. Wir werden deshalb einen Antrag auf Streichung dieses Budgetkredits stellen.

Wir stellen folgende Fragen:

Wieso gibt es bei diesem Budgetkredit keine Kostenübernahme durch die Mieter, die das Mobiliar in diesem Bereich beanspruchen?

Gibt es bei der Möblierung im öffentlichen Raum ein einheitliches Vorgehen innerhalb der Stadt?

Wieso wird 2021 der Schlossbergplatz möbliert und nicht die Weite Gasse oder der Bahnhofplatz? Ich glaube, die Mieter der Cordulapassage würden auch gerne ein paar neue Stühle erhalten.

Sie merken, dass wir die Möblierung des Schlossbergplatzes nicht als vordringlich erachten. Vielmehr fragen wir uns, wieso dieses Jahr die zweite Saison schäbige Festbänke auf dem Theaterplatz herumstehen und den Platz verschandeln. Wir wünschen uns eine bessere Möblierung des öffentlichen Raums auf dem Theaterplatz, damit er von allen – auch ohne Konsumzwang – genutzt werden kann. CHF 200'000 für eine Bestuhlung erachten wir zu diesem Zeitpunkt als unangemessen. Deshalb stellen wir den Antrag auf Streichung des Budgetkredits.

Daniel Glanzmann

Bei uns herrscht im Moment ein Hin und Her. Ich bin nicht sicher, ob wir dem Antrag zustimmen werden oder nicht. Ich habe gehört, dass sich dort Menschen treffen könnten, ohne etwas zu konsumieren oder das Essen selber mitnehmen könnten. Wir sind der Meinung, dass wir so etwas nicht subventionieren sollten.

Ich erhoffe mir weitere Informationen vom Stadtrat. Wir werden erst danach entscheiden. Sollten die Lokalbetreiber Miete zahlen, könnten wir zustimmen. Das Gewerbe wäre vielleicht auch froh um die Sitzgelegenheiten. Gut aussehen würde es auch.

Adrian Humbel

Bei den Budgetkrediten ist immer das Problem, dass sie irgendwo hinten in der Broschüre zu finden sind, und die nötigen Informationen dazu fehlen. Wir haben nach mehr Informationen gefragt, und danach zusätzliche Informationen erhalten.

Für uns ist das Wichtigste nicht vorhanden. Wir sind klar der Meinung, dass wir als Steuerzahlende nicht irgendwelchen Restaurationsbetrieben Möbel subventionieren sollten. Wir sind nur dafür, den Kredit im Budget zu belassen, wenn der Stadtrat bestätigen kann, dass die Steuerzahlenden keinen Franken daran zahlen müssen. Das heisst, entweder kaufen die Restaurationsbetriebe die Möblierung oder zahlen mindestens Mietzins dafür. Wir werden nur zu diesen Bedingungen dem Budgetkredit zustimmen.

Mark Füllemann

Für einmal sind nicht die Finanzen im Zentrum meines Anliegen.

In dem gestern erhaltenen Antrag heisst es: "einheitliche und regulierte Möblierung". Muss wirklich alles reguliert und vereinheitlicht werden? Wo bleibt die Freude, auch einmal etwas Anderes zu machen? Wollen wir wirklich das "Zürcher Marronihüsli-Syndrom" nach Baden holen? Ich bin bis jetzt überhaupt nicht überzeugt. Wir werden auch die Stellungnahme des Stadtrats abwarten.

Nora Langmoen

Die SP unterstützt die vorgesehene Bestuhlung. Es ist uns ein Anliegen, einen Ort zum Verweilen zu schaffen, unabhängig von einer Konsumation. Wir sehen die öffentliche Bestuhlung als eine Möglichkeit eines konsumfreien Aufenthalts in Baden. Es ist ausserdem positiv, dass die Wirte sich daran beteiligen möchten. Dafür bedanken wir uns im Voraus.

Für ein lebendiges Baden werden wir dem Budgetkredit zustimmen.

Philippe Ramseier

Fritz Bosshardt hat die "schäbigen" Bänke auf dem Theaterplatz erwähnt. Unsere Kunden, und damit meine ich die Bevölkerung, schätzen die Festbänke, die wir temporär auf den Theaterplatz gestellt haben, sehr. Der Theaterplatz ist dadurch sehr belebt. Die Leute können dort zu Mittagessen und sich verweilen.

Zur Frage, wieso keine Möblierung auf der Weiten Gasse: Die Weite Gasse ist eben eine "Gasse" und kein "Platz". Ebenso die Cordulapassage. Diese ist eine "Passage" und kein "Platz". Das unterscheiden wir. Im vorliegenden Budgetkredit geht es um den Platz. Es geht im Projekt um die Aufwertung eines öffentlichen Platzes. Wie Markus Schneider schon gesagt hat, haben wir aus dem Gewinn des Wakkerpreises eine Verpflichtung, in diese Richtung weiterzugehen und zu investieren. Der Stadtrat beabsichtigt **nicht**, den Mietern Essmöglichkeiten zu finanzieren, und somit über Steuergelder Sitz- und Essmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Es geht darum, für die Allgemeinheit den Platz aufwerten. Das möchten wir in unserer Strategie etablieren, nicht zuletzt, weil wir den Wakkerpreis gewonnen haben. Dabei geht es nicht nur um Stühle und Tische, sondern allenfalls auch um bauliche Massnahmen. Man könnte z. B. einen Baum pflanzen, der wachsen kann und den Platz aufwerten würde.

Das Wichtigste ist jedoch, dass die dortigen Mieter sich offen für die Übernahme einer Nutzungsgebühr gezeigt haben, sodass wir eben den Platz aufwerten können. Man sollte unterscheiden, was für die Öffentlichkeit und was für die Mieter ist. Wir sind selbstverständlich bestrebt, die weitere Phase des Projekts zu beobachten. Die Aufwertung des Schlossbergplatzes unterstützt nicht zuletzt auch das Ziel betreffend einer Einkaufsstadt Baden, die wir eingangs dieser Einwohner-ratssitzung diskutiert haben.

Der Stadtrat fände es schade, wenn Sie diesen Budgetkredit streichen würden. Wir hoffen, dass Sie dem Kredit zustimmen.

Fritz Bosshardt

Ich möchte Folgendes richtigstellen:

Die Bestuhlung des Theaterplatzes geht auf einen Vorstoss des team baden zurück. Selbstverständlich wollen wir eine Möblierung des Theaterplatzes. Festbänke sollten aber kein Dauerzustand sein.

Wir möchten auch einen belebten öffentlichen Raum, allerdings am richtigen Ort mit den richtigen Investitionen. Im Bereich des Schlossbergplatzes hat es zurzeit bereits Stühle. Wir wünschen uns an anderen Orten der Stadt auch eine Möblierung.

Ich gehe davon aus, dass die Restaurantbetriebe im öffentlichen Raum Miete zahlen. Wenn man dort eine Bestuhlung vornimmt, denke ich nicht, dass diese öffentlich gemacht werden kann.

Philippe Ramseier

Fritz Bosshardt hat Recht damit, dass die Theaterplatzinfrastruktur mit den Festbänken lediglich eine kurzfristige Lösung darstellt. Ich betone jedoch nochmals, dass die Einwohnerinnen und Einwohner diese Möglichkeit rege nutzen. Der Stadtrat ist sich aber bewusst, dass es keine langfristige Lösung sein kann.

Die technische Frage muss natürlich noch im Detail verhandelt werden. Heute bezahlen die Mieter dort CHF 16 pro Quadratmeter und Monat. Es ist daher schon entsprechend vergütet. Selbstverständlich ist die Stadt, wenn sie den Platz für die Öffentlichkeit und die Gesellschaft aufwertet, auch für die Reinigung zuständig.

Sarah Wiederkehr

Ich habe eine Frage betreffend den Antrag der FDP, den ich persönlich sehr begrüßen würde. Wird die Stadt alles daransetzen, möglichst wenig Steuergelder dafür zu verwenden? Ich weiss, das ist eine vage Formulierung. Grundsätzlich geht es um CHF 200'000 öffentliche Steuergelder. Wir wünschen uns quasi ein Commitment, dass dafür gesorgt wird, dass die Infrastruktur einfach hingestellt wird und schlussendlich von der Mieterschaft direkt oder indirekt zurückerstattet wird.

Philippe Ramseier

Ich gebe bei einem Budgetkredit keine Versprechen ab, da wir erst am Anfang des Projekts sind. Aber, nach den Signalen der Mieterschaft, die Nutzungsgebühr zu übernehmen, ist der Stadtrat überzeugt, dass die Mietenden einen wesentlichen Anteil an den Budgetkredit und somit einen substantiellen Teil an der Aufwertung des Platzes leisten werden.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Ein Timeout von fünf Minuten, welches die FDP verlangt hat, wird genehmigt.

Adrian Humbel

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es heute Abend nicht möglich sein wird, ohne Verhandlungen ein Commitment abzugeben, dass man den Privaten nicht subventioniertes Mobiliar bietet. Wir sind klar der Meinung, dass zuerst Verhandlungen geführt werden müssen. Anschliessend kann auf dem ordentlichen Weg ein Antrag gestellt werden, dem wir grundsätzlich zustimmen können, da durch die Möblierung eine Aufwertung des Platzes vorgenommen wird. Wir können auch zustimmen, dass das Mobiliar, das der Öffentlichkeit dient, auch von den Steuerzahlenden bezahlt wird. Es darf jedoch keine Quersubventionierung geben. Unser Hauptargument ist eine Verschlechterung der Stimmung unter den Betrieben, die meinen, benachteiligt worden zu sein. Das wollen wir verhindern.

Wir lehnen den Budgetkredit ab, mit dem Hinweis, eine ordentliche Vorlage vorzulegen.

Beschluss:

Der Budgetkredit 07-201 wird gestrichen. (grossmehrheitlich)

Daniel Glanzmann

Ich habe etwas zum Budgetkredit 06-270: Vertikalbegrünung beim Löschwasserbecken.

Der Budgetkredit beträgt CHF 340'000. Wir haben geschätzt, dass die Begrünung in den nächsten zehn Jahren ungefähr CHF 100'000 Unterhalt brauchen würde. Es ist nachvollziehbar, dass die Vertikalbegrünung an diesem Ort als schön empfunden würde. Der Nutzen der Abkühlung im Sommer wäre aber gering. Zum ersten, weil die Begrünung vertikal ist und zum anderen weil es schattig ist. Viel effizienter wären horizontale Begrünungen. Die vertikale Begrünung würde grob CHF 440'000 kosten. Es sind schätzungsweise 500 m². Der Quadratmeter würde ungefähr 880 Franken kosten. Zum Vergleich: eine schöne, teure Natursteinfassade mit Wärmedämmung kostet etwa gleich viel. Flachdächer, was die meisten Gebäude haben, sind meistens mit Kies belegt. Diese Dächer könnte man extensiv begrünen – Stichwort: Magerwiese. Ein Quadratmeter extensive Begrünung inkl. dem Abräumen der alten Kiesschicht, kostet etwa CHF 70/m². Mit dem zu investierenden Geld komme ich auf 6'300 m². Zusätzlich sind die extensiven Begrünungen Wasserspeicher. Bei den Vertikalbegrünungen wird Trinkwasser gebraucht. Wenn man das Geld schon ausgeben will, dann sollte man es schlau ausgeben. Bei den Vertikalbegrünungen ist das Geld nicht wirklich nachhaltig ausgegeben. Gehen Sie mal auf die Ruine Stein und schauen Sie sich die Flachdächer an. Die grauen Flächen sind auch nicht wirklich schön.

Wir stellen noch keinen Antrag, da die FDP aus einem anderen Grund einen Antrag auf Streichung des Budgetkredits stellen wird. Wir würden empfehlen, den Kredit zu streichen. Wenn man die Stadt im Sommer abkühlen möchte, könnte man es eben z. B. mit einer extensiven Begrünung tun. Den Wakkerpreis haben wir ja schon!

Mark Füllemann

Die FDP beantragt den Budgetkredit zu streichen, aber mit einer anderen Begründung als die SVP. Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Vertikalbegrünung. Vielleicht ist sie sinnvoll. Das Problem ist ähnlich gelagert, wie beim Schlossbergplatz. Der Antrag selber ist unmöglich. Wir haben nur ein paar wenige Zeilen. Wofür ist ein Budgetkredit? Budgetkredite sind da, um Geld für

Vorhaben zu bewilligen, die keine detaillierte Begründung brauchen, d. h. die man fast automatisch nachvollziehen kann und bei denen die Zielerreichung einfach messbar ist, wie z. B. bei der Fahrzeugbeschaffung des Werkhofs. Dort kann festgestellt werden, wie alt das Fahrzeug war und ob ein neues Fahrzeug gekauft worden ist. Das fehlt bei diesem Budgetkredit. Wie können wir bei einem Budgetkredit von vier Zeilen wissen, was das eigentliche Ziel ist? Ist es vielleicht ein wenig Abkühlung oder eine bessere Optik? Wir haben keine messbaren Ziele.

Die FDP beabsichtigt, den Budgetkredit abzulehnen, den Stadtrat aufzufordern, einen normalen Verpflichtungskredit zu unterbreiten, in dem steht, was das Ziel ist und wie die Zielerreichung gemessen wird. Der Einwohnerrat kann dann nach zwei/drei Jahren behaupten, dass es sich gelohnt hat und ein gutes Beispiel für Privatleute darstellt.

Ich bitte Sie aus den genannten Gründen, den Budgetkredit abzulehnen, mit der deutlichen Aufforderung an den Stadtrat, bei der nächsten Gelegenheit einen normalen Verpflichtungskredit mit einer normalen Begründung zu unterbreiten.

Martina Niggli

Ich möchte beliebt machen, dem Antrag der FDP nicht Folge zu leisten und den vorliegenden Budgetkredit anzunehmen.

Wir sehen die Wichtigkeit der Vertikalbegrünungen. Die Schattenspendung der Vertikalbegrünung ist nur ein Kriterium. Bei der Photosynthese der Pflanzen entsteht Wasser. Wenn Wasser verdunstet braucht es Energie, welche der umliegenden Luft in Form von Wärme entzogen wird. Das wirkt wie eine Klimaanlage. Das kühlt also effektiv. Das kann man auch an einem heißen Tag mit dem Aufhängen eines feuchten Tuchs im Zimmer machen. Die Kühlung ist spürbar. Eine andere Auswirkung ist die Reduktion des Wärmeinseleffekts. Gebäude in den Städten werden durch Sonneneinstrahlung aufgeheizt. Bei einer Vertikalbegrünung findet diese Strahlung nicht so statt. Es gibt auch kühlere Nächte. Wir erreichen dadurch natürlich auch eine Verbesserung der Luftqualität. Und das Gebiet wird natürlich optisch aufgewertet. Zurzeit sieht es dort wirklich nicht schön aus.

Wir finden es wichtig, dass die Stadt hier vorausgeht und die Vertikalbegrünung macht. Wir teilen die Auffassung der FDP nicht ganz. Die Budgetkreditvorlage ist nicht sehr ausführlich, da stimme ich Ihnen zu. Wir haben jedoch Auskunft erhalten, z. B. bezüglich der Folgekosten, die Potentialflächen sind eruiert, auch im Vergleich mit denjenigen auf Flachdächern. Das Vorhaben ist wohl überlegt. Der Budgetkredit dient dazu, dass es schneller und kosteneffizienter geht, weil die Vorlage nicht so detailliert ausgearbeitet werden muss. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Vorlage nicht Hand und Fuss hat.

Ich möchte Sie im Namen des team baden bitten, den FDP-Antrag abzulehnen und dem vorliegenden Budgetkredit zuzustimmen.

Corinne Schmidlin

Sie alle haben die Visualisierung der beidseitigen Vertikalbegrünung erhalten. Mich als Bewohnerin des Martinsbergquartiers hat die Visualisierung überzeugt. Ich komme jetzt schon ins Schwärmen, wenn ich daran denke, wie mein Gang durch den Blinddarm zum Wochenmarkt aufgewertet wird, wenn ich an den grünen, "salatkopfähnlichen" Gebilden vorbeilaufe und meine Stimmung angehoben wird. Ich sehe bei der vorgesehenen Vertikalbegrünung vor allem auch einen Mehrwert in der Lebensqualität. Die Begrünung wertet den Betonschandfleck, der eine

städtebauliche Fehlplanung darstellt, aus ästhetischer Sicht deutlich auf. Gleichzeitig wirkt sie auch gegen klimawandelbedingte Hitzewallungen. Der betongepögte Stadtzugang ist geradezu prädestiniert, um sich übermässig aufzuheizen. Eine solche Vertikalbegrünung kann hier wie eine Klimaanlage wirken. Im Zug der Innenentwicklung haben wir weniger horizontale Flächen, die sich für eine Begrünung eignen. Vertikalbegrünungen gewinnen so an Bedeutung. Es braucht allerdings Mut, um solche bodenunabhängige Vertikalbegrünungen zu planen. Das vorgeschlagene Vorhaben ist fast schon pionierhaft, passt aber zur Stadt Baden, die beim Projekt des Bundesamts für Umwelt "Hitzeangepasste Siedlungsentwicklung im Aargau" mitmacht. Bei diesem Projekt geht es um Begrünungsmassnahmen in der Stadt. Baden zeigt mit diesem konkreten Projekt, dass sie nicht nur Papier und Konzepte entwickeln will, sondern auch etwas direkt umsetzen kann. Den Wackerpreis haben wir, die Verpflichtung, sich zu verbessern, bleibt. Baden möchte nicht stehen bleiben und startet Lebensqualität.

Mit dem Budgetkredit kann das Projekt in kurzer Zeit umgesetzt werden. So kann man Geld sparen bei der Ausarbeitung der Vorlage. Die Vertikalbegrünung ist relativ teuer. Ich bin aber sicher, dass die Kosten dafür nur ein Bruchteil dessen sind, was seinerzeit in den ganzen Beton investiert wurde. Man darf nicht vergessen, dass der Klimawandel real ist. Die Anpassung an die neuen Verhältnisse kosten. Das haben wir zu einem gewissen Teil uns selber zuzuschreiben. Ich wäre stolz auf die Stadt Baden, wenn sie mutig und frech das Projekt, so wie geplant, ausführen würde. Ich würde mich freuen über die neue Vertikalbegrünung. Mailand hat den "Bosco Verticale", Paris die grüne Fassade des "Musée du Quai Branly" und Baden hat hoffentlich bald "LWB Goes Green". Ich hoffe deshalb, dass Sie dem Antrag der FDP nicht Folge leisten werden.

Nora Langmoen

Die Sommer werden heisser! Es kommt zu erhöhten Temperaturen, belasteter Luft und geringer Durchlüftung in den Städten. Dieses Klima nennt man Stadtklima und stellt ein Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung dar. Wir sind jedoch dem Stadtklima nicht einfach ausgeliefert. Wir als Einwohnerinnen und Einwohner von Baden können die Luftqualität und die Temperatur massgebend mitbestimmen und so zu einem günstigen Stadtklima beitragen, beispielsweise durch die vertikale Begrünung. Die Begrünung kostet natürlich. Damit können wir aber langfristig ein gutes Stadtklima schaffen. Deshalb lohnt sich die Investition.

Die SP wird deshalb dem Budgetposten zur Vertikalbegrünung unterstützen.

Markus Schneider, Stadtammann

Dass die Vertikalbegrünung etwas kostet, ist unbestritten. Wie sind wir auf den Antrag eines Budgetkredits gekommen? Wir haben unseren Abteilungen unter dem Lead der Stadtökologie den Auftrag erteilt, eine Vertikalbegrünung zu prüfen. In Baden gibt es bereits Vertikalbegrünungen. Die Jüngste befindet sich beim Schulhausplatz. Der Kanton hat sie im Rahmen seines Projekts erstellt, und sie kommt bei der Bevölkerung gut an. Es gibt auch ältere Begrünungen, z. B. an der Zürcherstrasse bei der Eisenbahnlinie und an anderen Orten. Die Fach-/Abteilungen Werkhof und Immobilien haben einen Mitbericht zu den verschiedenen unterbreiteten Varianten erstellt. Wir haben die Visualisierung, welche wir Ihnen auch haben zukommen lassen, "cool" gefunden. Es sieht sehr gut aus. Es soll eine Ecke der Stadt Baden begrünt werden, die seit Jahren als Schandfleck bezeichnet wird. Man empfindet es nicht als "Empfangsort", um in die Stadt zu gelangen. Es ist eine Betonwüste. Die Begrünung ist gut für das Klima, sieht gut aus, und – auch wenn es teuer ist – kann der Unterhalt durch die Übernahme des Werkhofs nach einer gewissen Zeit minimiert werden. Wir müssen noch ausschreiben und nach Varianten suchen. Wir haben nun lediglich einen Vorschlag, um es in der Broschüre abbilden zu können.

Nach Abwägung aller genannten Kriterien, haben wir beschlossen, es als Budgetkredit einzustellen.

Wir schlagen dem Einwohnerrat vor, dem Budgetkredit mit Begeisterung zuzustimmen.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Der Antrag der FDP zum Budgetkredit 06-270: Vertikalbegrünung Löschwasserbecken lautet: "Die beantragten CHF 340'000 seien aus dem Budget 2021 zu streichen."

Beschluss:

Ablehnung. (grossmehrheitlich)

Beschluss:

Das Gesamtbudget 2021(ohne Budgetkredit 07-201) mit einem Steuerfuss von 92% wird genehmigt. (einstimmig)

Sitzungsende: 22.20 Uhr.

21. Oktober 2020

Vorsitz: Sander Mallien

Protokoll: Sandmeier Marco, Stadtschreiber

Stimmenzählende: Georg Gindely
Tobias Vonesch

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrats
6 Mitglieder des Stadtrats

Verwaltung: Andres Greter, Sportkoordinator
Jacqueline Keller, Leiterin Kommunikation
Heinz Kubli, Stadtschreiber
Patrick Nöthiger, Leiter Kultur
Mirjam Obrist, Leiterin Volksschule
Jarl Olesen, Leiter Planung und Bau
Manfred Schätti, Leiter Immobilien
Astrid Thommen, Administration Stadtammann
Christian Vogler, Energiekoordinator
Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung

Entschuldigt: Tobias Auer
Barbara Bircher
Natalie Flückiger
Stefan Jaecklin
Christoph Perrin
Oliver Steger

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Ich begrüsse Sie zur Fortsetzung der Oktober-Sitzung des Einwohnerrats.

Die Regeln des Schutzkonzepts gelten weiterhin. Es gilt während der ganzen Sitzung in der Halle Maskenpflicht. Es wird keine Pause durchgeführt. Der Kiosk wird ca. um 20.30 Uhr öffnen. Man kann die Pause individuell durchführen. Gegessen wird im Sitzen.

6. Kulturvermittlung Bäder; Beitrags- und Realisierungskredite (54/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Ich habe vorgesehen, zuerst die Stellungnahmen einzuholen und danach die Abstimmungen durchzuführen.

Markus Rausch, Präsident Finanzkommission

Die Kulturvermittlung der Bäder liegt auch der Finanzkommission am Herzen. Es ist beeindruckend und grossartig, wie sich neben der Verwaltung auch Privatpersonen und Vereine mit viel Herzblut und Engagement den Projekten in diesem Bereich widmen. So ergeben sich Möglichkeiten, Fördergelder und Beiträge zu gewinnen, die reinen Verwaltungsprojekten verwehrt würden.

Leistet nun die Stadt, wie bei den Teilprojekten 1 und 2, Bäderkultur und Jungbrunnen, Zahlungen an den Bäderverein, ergeben sich finanztechnische Fragen. Sind diese Kosten aktivierbar? Wie ist mit allfälligen Abschreibungen umzugehen? Wie kann die Stadt Einfluss nehmen, falls die prominenten städtischen Vertreter nicht mehr im Bäderverein engagiert sind? Zu diesen Punkten müssen aus Sicht der Finanzkommission noch Präzisierungen vorgenommen werden. Die Finanzkommission rät diesbezüglich dem Stadtrat, bei der Auszahlung dieser Gelder die gleiche Tranchierung vorzunehmen, die Bund und Kanton gewählt haben. Eine andere Möglichkeit wäre die Sicherstellung der Leistung, indem ein Rückerstattungsanspruch mit dem Kanton vereinbart würde, falls Widererwarten die Zweckentfremdung der Gelder festgestellt würde.

Generell begrüsst die Finanzkommission die Gesamtschau der Projekte im Zusammenhang mit der Kulturvermittlung. Wermutstropfen ist hier jedoch die unterschiedliche Projektreife und die eingehende Detaillierung der vorgestellten Teilprojekte. Gerade die Teilprojekte 1 und 3, Bäderkultur und Geschichte, und Geschichten im öffentlichen Raum, sind für die Kommission schwer zu greifen.

Das sind die Empfehlungen der Finanzkommission für jedes Teilprojekt:

Teilprojekt 1: Bäderkultur

Generell schenkt man der Beurteilung von Bund und Kanton zum Projekt Vertrauen und möchte auch den tollen Einsatz des Bädervereins würdigen.

Die Finanzkommission stimmt dem Teilprojekt einstimmig zu.

Teilprojekt 2: Jungbrunnen

Unbestritten ist die Tatsache, dass der interessierte Tourist oder Bürger von Baden die Möglichkeit haben sollte, eine zugängliche Quelle zu besuchen. Dies funktioniert aber auch ohne IT-Installation. Es stellt sich somit die Frage, ob man nur den Zugang finanzieren sollte oder aber auch die Inszenierung.

Aus Sicht einer Mehrheit der Finanzkommission stehen die beträchtlichen Betriebskosten von über CHF 500'000 über zehn Jahre nicht im Verhältnis zur erhofften Publikumswirksamkeit. Die Finanzkommission empfiehlt deshalb die Nichtgenehmigung. Der zugesicherte Investitionsbeitrag von CHF 278'000 aus dem Swisslos-Fonds ginge in diesem Fall verloren. Sollte man sich dennoch für den Jungbrunnen entscheiden, empfehlen wir vor der Projektzusage, mit den beteiligten Partnern, z. B. mit der Stiftung, einen Vertrag abzuschliessen, damit man später keine Überraschungen bei den Betriebskosten erlebt.

Teilprojekt 3: Geschichte und Geschichten im öffentlichen Raum

Die Finanzkommission ist sich einig, dass es Instrumente braucht, um die angestossene Entwicklung im Bäderquartier zu unterstützen und zu fördern. Die Konkretisierung des vorgestellten Projekts wird moniert. Die Finanzkommission stimmt aber aus zeitlichen Gründen im Hinblick auf die Eröffnung dem Projekt einstimmig zu.

Teilprojekt 4: Bäderfest

Aus Sicht der Finanzkommission war die Einwohnerratsvorlage in vielen Belangen zu oberflächlich. Man konnte sich unter dem Konzept zum Fest nichts vorstellen. Es gab mehr Fragen als Antworten. Auf dieser Grundlage empfiehlt die Finanzkommission einstimmig, dieses Teilprojekt zur Überarbeitung zurückzuweisen.

Die Finanzkommission empfahl dem zuständigen Stadtrat, die notwendigen Konkretisierungen des Konzepts in den Fraktionssitzungen nachzuliefern und vorzustellen, was meinem persönlichen Empfinden nach auch die Bedürfnisse erfüllte. Auf dieser neuen Beurteilungsgrundlage ist nun der Einwohnerrat gefordert, sich ein aktualisiertes Bild zu diesem Teilprojekt zu machen.

Zur Abschreibung des Postulats von Sarah Wiederkehr und Mitunterzeichnende äussert sich die Finanzkommission nicht und überlässt die Diskussion dem Einwohnerrat.

Mark Füllemann

Die FDP unterstützt alle Teilprojekte, allerdings nicht immer einstimmig und mit gewissen Anmerkungen.

Dem Teilprojekt 1, Bäderkultur, stimmt die FDP einstimmig zu. Das ist endlich wieder einmal ein Antrag mit einer substantiellen Dokumentation, die man versteht. Wir finden den Ansatz, mit wechselnden Kuratorenteams verschiedene Blickwinkel zur Geltung zu bringen, sehr spannend. Wir freuen uns auf die erste Umsetzung der Wasserköpfe mit dem Kollektiv Baumann/Strebel.

Das Teilprojekt 2, Jungbrunnen, bereitet uns weniger Freude. Es wird dennoch mehrheitlich unterstützt. Nicht wegen des IT-Teils. Den finden wir notwendig. Nur den Brunnen besuchen und ins Wasser schauen, ist in der heutigen Zeit, in der alle unterhalten werden möchten, deutlich zu wenig. Folgekosten zu unterstützen, welche noch nicht einmal fertig verhandelt sind, stört uns. Der

Bäderverein hat dem Stadtrat deutlich gesagt, dass sie das möchten, es sei aber noch nicht verhandelt worden. Weshalb sollten wir etwas unterstützen, was noch nicht verhandelt ist? Mit schwammigen Formulierungen, wie "für den zukünftigen Betrieb des Jungbrunnens, der voraussichtlich in der Zuständigkeit der Stadt Baden liegt", können wir relativ wenig anfangen. Wir wollen das Projekt nicht verhindern, erwarten jedoch vom Stadtrat eine detaillierte Überprüfung der Betriebskosten und der Synergien. Wo sind die Synergien bei der Reinigung des Trinkbrunnens auf dem Kurplatz und der Reinigung des Heissen Bads des Bagno Popolare? Wir erwarten insbesondere, dass die Miete auf CHF 5'400 gestrichen wird.

Das Teilprojekt 3, Geschichte und Geschichten, wird einstimmig unterstützt. Leider ist das ein Antrag, der nicht mehr enthält, als eine Absichtserklärung. Wir können die Absichtserklärung nicht wirklich beurteilen, aber die Absicht klingt spannend. Als Ausnahme sind wir bereit, "die Katze im Sack", resp. neudeutsch "den Inhalt mit der Cloud", zu kaufen.

Beim Teilprojekt 4, Bäderfest, geht ein Kompliment an den Stadtammann, der sich an der Fraktionssitzung vom Fest begeistert gezeigt hat. Er hat die "leere Hülle" – "die leere Wolke" – mit Inhalt gefüllt. Es gefällt uns, dass es um ein "leises" Fest gehen soll, wo Kultur und Heiterkeit den Jubel und Trubel in den Hintergrund stellen soll. Wir erwarten selbstverständlich die Einhaltung des Kostenrahmens.

Was uns irritierte war der Satz "Die Stiftung eröffnet im gleichen Zeitraum die neue Wellness-therme" Heisst das, dass es zwei Feste geben wird? Wird das koordiniert?

Zum Schluss haben wir noch eine Bitte an den Stadtrat. Stellen Sie in Zukunft bitte keine derart verschiedenen Anträge. Ein Antrag mit hervorragender Aussagekraft und einen mit gar keiner Aussagekraft! Wir erwarten in Zukunft – trotz des bisherigen grossen Einsatzes – Anträge von besserer Qualität.

Kurt Wiedemeier

Es ist uns aufgefallen, dass die FDP in allen Einwohnerratssitzungen, in denen ich dabei war, durch klare Forderungen nach Indikatoren, nach messbaren Grössen, glänzte. Ich würde gerne von Mark Füllemann wissen, nach welchen Kriterien er die "Katze im Sack" kaufen möchte? Die FDP stimmt einstimmig zu und gibt keine Kriterien bekannt. Warum?

Mark Füllemann

Es ist ganz einfach. An gewissen Wettbewerben am Fernsehen gibt es das Instrument des Jokers. Unser Joker ist: Einmal im Jahr dürfen wir blindes Vertrauen in den Stadtrat haben! Diesen Joker haben wir gezogen.

Fabian Hummel

Als Bewohner des Bäderquartiers freue ich mich besonders über diese Vorlage. Die Bäder werden auferstehen. Besonders freut mich, dass die Hinterhofquelle in ihrem ursprünglichen Zustand zugänglich gemacht wird. Es ist sehr beeindruckend, hinter dem Bären die Tritte ins Untergeschoss zu gehen, auf der Pflasterung der alten Strasse zu stehen und die Quelle zu beobachten. Plötzlich sind wir digitalisiert und können unsere Selfies im Jungbrunnen in die Welt verschicken!

Die Bäder werden durch den Jungbrunnen, dem Teilprojekt Bäderkultur und den Geschichten einer breiten Bevölkerung auf verschiedenen Kanälen nähergebracht. Dies geschieht nicht mit einer einmaligen Aktion, sondern nachhaltig und über ein ganzes Jahrzehnt. In Anbetracht des langen Dornröschenschlafs der Badener Bäder, ist diese lange Aufwachphase auch angebracht.

Und zum Aufwecken gibt es noch das Fest! Das Fest an der Limmat mit Tiefgang zur Einweihung der Bäder. Keine mittelgrosse Bühne mit mittelgrossen Schweizer Acts und ein bisschen Halligalli, sondern Licht, Wasser, Klang, die Emotionen auslösen und Erlebnisse, die sich einprägen sollen.

Insgesamt ist das ein sehr einprägsames Konzept. Wir freuen uns, diese Vorlage anzunehmen und einen Beitrag an Kultur und Geschichte zu sprechen, von dem die ganze Bevölkerung in ihrer gesamten Bandbreite profitieren kann.

Fritz Bosshardt

"Panem et circenses" – Brot und Spiele sollen in diesem Jahr zum Startpunkt der neuen Epoche der Bäderkultur werden. Auch das team baden feiert gerne. In Anbetracht der 2'000-jährigen Bäderkultur und den hoffentlich erfolgreichen nächsten Jahren erachten wir das Fest jedoch als zweitrangig. Im Fokus liegen für uns die anderen Projekte, insbesondere die Bäderkultur, die Hinterhofquelle und die Geschichte und Geschichten im öffentlichen Raum. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei Patrick Nöthiger für den enormen Einsatz. Die Projekte kommen beim team baden sehr gut an.

Bei der Hinterhofquelle gehen beim team baden die Meinungen etwas auseinander. Wir begrüßen einerseits den Zugang zur Quelle, sind jedoch skeptisch gegenüber den technischen Spielereien beim Jungbrunnen. Wir vertrauen dem Stadtrat auch, vor allem vertrauen wir aber dem Swisslos-Fonds, der das Projekt geprüft hat. Wir glauben, dass wir die Chance, die Quelle öffentlich zu machen, jetzt packen müssen. Wenn wir CHF 200'000 für ein dreitägiges Fest ausgeben können, wäre es unverhältnismässig, kein Geld für den Jungbrunnen, welcher mindestens zehn Jahre vorhanden sein sollte, in die Hand zu nehmen.

Im Projekt Geschichte und Geschichten sehen wir viel Potential, auch wenn die Vorlage ziemlich schwammig daherkommt. Wir wünschen uns hier insbesondere eine starke Rolle des Historischen Museums. Wir wollen verhindern, dass wir am Schluss nur Geschichten haben ohne Geschichte.

Das Projekt Bäderkultur ist sehr gut ausgeführt.

Das Postulat werden wir grossmehrheitlich nicht abschreiben. Sarah Wiederkehr wird das näher ausführen.

Thomas Rimann

Wir haben uns auch mit dem Thema auseinandergesetzt. Ich habe einen Akzent gefunden: Die Revitalisierung der Bäder der Stadt Baden. Wir fanden, dass die zwei beschriebenen Säulen Sinn machen.

Das Teilprojekt 1 werden wir unterstützen.

Beim Teilprojekt 2 haben wir Vorbehalte bei der digitalen Installation. Die Gründe wurden bereits erwähnt: Hohe Kosten usw.

Das Fest ist unbestritten. Wir unterstützen das Fest jedoch nur, wenn es zum gleichen Zeitpunkt wie die Eröffnung des Bads stattfinden wird. Wir sind der Auffassung, dass es in einem Guss passieren muss, sodass die Bevölkerung von Baden es als eine Einheit erlebt.

Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

Selena Rhinisperger

Es ist aufregend, was in den Bädern passiert. Das ist Geschichte, wie sie lebt und lebt. Im Sommer kamen Monat für Monat, sogar Woche für Woche, neue Meldungen aus dem Bäderquartier: Neue Funde, neue Ideen, neue Begehrlichkeiten, Versprechen, vielleicht auch Enttäuschungen. Die Geschichte ist nicht nur, was vor 100, vor 1'000 oder 2'000 Jahren passierte. Geschichte ist immer auch der heutige Blick darauf. Die momentanen Auseinandersetzungen über die Funde im Bäderquartier sind ziemlich gelebte Geschichte. Wir wünschen uns, dass diese Aufregung in eine neue Aufbruchstimmung für die Badener Bäder mündet. Dafür scheinen uns die vom Stadtrat vorgeschlagenen Projekte gut geeignet. Mit dem Projekt Jungbrunnen wird die einmalige Chance genutzt, die Quellen der Öffentlichkeit auch ausserhalb der Führungen zugänglich zu machen. Das ermöglicht einem, bei der Quelle zu beobachten, wie das Wasser aus dem Boden fliesst, und man kann das Wasser anfassen. Klar kann man den technischen Spielereien und der Inszenierung kritisch gegenüberstehen. Es lohnt sich jedoch ein Versuch, das Erlebnis zu steigern. Was uns fehlt, ist eine vertragliche Vereinbarung mit der Stiftung Gesundheitsförderung für die Zugänglichkeit der Quelle.

Das Projekt Bäderkultur sehen wir als Puzzlestück, das die Geschichte der Bäder mit dem heutigen Blick versieht und das kulturelle Erbe über die Zeit hinweg lebendig und aktuell haltet.

Dem Projekt Geschichte und Geschichten, das in der Vorlage am wenigsten konkret beschrieben wird, müsste aus unserer Sicht eine verbindende Funktion zukommen. Es müsste eine historische Sicherung passieren, zum Beispiel eine Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum. Unserer Ansicht nach müsste es auch eine Stelle geben, die den Überblick über das Geschehene behält.

Die SP wird auch dem Kredit für das Bäderfest zustimmen.

Beim Postulat fehlt uns die Auslegeordnung. Für eine Abschreibung bräuchte es eine Klärung des Verhältnisses der Stadt zum Bäderverein. Wir finden die Arbeit des Bädervereins grossartig. Die Rolle der Stadt Baden ist hier jedoch nicht klar. Wir finden, dass die Stadt – demokratisch legitimiert – eine Rolle übernehmen sollte. Es müssen auch noch weitere Fragen geklärt werden, z. B. welchen Stellenwert der Heisse Brunnen des Vereins Bagno Popolare hat, wie die Limmatquelle gestaltet wird und was mit dem Heissen Stein oder mit dem Ochsen Garten passieren wird? Für eine Abschreibung müssten für uns all diese Punkte noch geklärt werden.

Steven Van Petegem

Baden in Baden sollte mehr sein als im mineralreichen heissen Wasser baden oder heilbaden. Dafür gibt es in der Nähe Bad Schinznach oder Bad Zurzach. Baden hat viel mehr zu bieten. Wir haben ja diese 2'000-Jahre-Bädergeschichte, die wir leider der Bevölkerung zu wenig nahegebracht haben. Dieses Projekt ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Teilprojekt 1: Bäderkultur

Das Projekt hat eigentlich schon angefangen und wird hauptsächlich extern finanziert. Mit CHF 200'000 würde die Stadt Baden weniger als 20% beitragen, d. h. wir würden viel für wenig Geld erhalten. Wir begrüßen vor allem die Idee, dass alle paar Jahre ein neues Kuratorenteam aufgestellt wird. Das Begleitteam selber ist mit Vereinskompentzen im Bereich Kultur, Geologie, Archäologie, Architektur und Geschichte multidisziplinär vertreten. Ich traue ihm zu, ein kompetentes Kuratorium auszuwählen und freue mich auf spannende Geschichten.

Teilprojekt 2: Jungbrunnen

Es ist schade, dass lediglich eine Quelle uneingeschränkt zugänglich gemacht wird. Wir sind jedoch froh, dass auch andere Quellen und historische Bäder via Führung zugänglich sein werden. Wir sind etwas weniger begeistert von der geplanten Inszenierung. Die Investitions- und Folgekosten sind nicht gering. Ob wirklich jedes Jahr 40'000 bis 50'000 Besucher kommen werden, wagen wir zu bezweifeln. Wir lassen uns jedoch gerne überraschen. Deshalb werden wir auch diesem Kredit zustimmen.

Teilprojekt 3: Geschichte und Geschichten

Zu diesem Projekt haben wir recht wenige Kommentare. Es ist unbestritten wichtig, die Geschichte der Bäderstadt zu erzählen, und zwar in der Art und Weise wie vorgeschlagen, d. h. unterhaltsam, interaktiv und modern. Was uns ein wenig stört, ist, dass wir einen Kredit sprechen sollten, ohne genau zu wissen, wie das Projekt umgesetzt wird. Was ist z. B. die Rolle des Historischen Museums oder der Fachabteilung Kultur?

Teilprojekt 4: Bäderfest

Am Anfang war das Fest recht umstritten. Es gab zu wenige Informationen. Das wurde jedoch durch eine ausführliche Präsentation durch den Stadtammann behoben. Wir haben uns tatsächlich durch seinen Enthusiasmus anstecken lassen. Wir wissen jetzt, dass schon recht viel gelaufen ist, und man wirklich Grosses vorhat. Das heisst aber auch, dass die CHF 200'000 Umsetzungskosten bei Weitem nicht ausreichen werden, um alles zu realisieren, was uns präsentiert worden ist. Es ist die Rede von Eintrittsgebühren für bestimmte Angebote. Wir hoffen, dass diese niedrig ausfallen werden, damit sich alle das Fest leisten können.

Wir haben noch einen Kommentar zum Bäderverein. Die Stadt hat Vieles dem Bäderverein überlassen. Da stellt sich die Frage, wie die Stadt ihre Interessen gegenüber dem Verein durchsetzen kann. Im Moment haben wir zwei Vertreter im Verein. Was passiert aber, wenn die Beiden nicht mehr dabei sein werden? Es wäre auch schön, wenn ein paar Frauen mehr im Vorstand des Bädervereins wären.

Sarah Wiederkehr

Ich werde zuerst die Stellungnahme der CVP abgeben. Wenn alle Parteien ihre Voten abgegeben haben, werde ich dann zum Postulat Stellung nehmen.

Die CVP ist voller Vorfreude, dass wieder Leben ins Bäderquartier kommt.

Wir unterstützen alle vier Projekte. Wir sind begeistert, dass die Bäderkultur durch ein wechselndes Kuratorenteam in den nächsten zehn Jahren vermittelt und immer wieder neu erarbeitet wird.

Auch das zweite Teilprojekt zum Jungbrunnen erachten wir als gelungen. Wir sind zuversichtlich, dass die digitale Installation einen wichtigen Teil darstellt, um die Leute zur Hinterhofquelle zu locken. Für uns ist jedoch das Kernstück die Hinterhofquelle selber. Genau dort liegt aus unserer Sicht der Knackpunkt. Die öffentliche Zugänglichkeit soll unserer Ansicht nach vertraglich zugesichert werden. Wir sind überzeugt, dass die Betriebskosten so tief wie möglich gehalten werden müssen, indem Synergien im Unterhalt genutzt werden. Wie von der FDP bereits angesprochen, finden wir, dass die Miete von CHF 5'400 gesprochen werden sollte.

Zum 3. Teilprojekt Geschichte und Geschichten sehen wir das ähnlich wie die SP. Wir finden auch, dass das Historische Museum eine zentrale Rolle spielen sollte. Die Geschichten haben einen "geschichtlichen" Inhalt. Die Geschichte wurde vor 2'000 Jahren begonnen und seither gelebt. Das wurde in den letzten Monaten durch den neuesten archäologischen Fund bestätigt. In diesem Zusammenhang finden wir, dass eine einheitliche Beschriftung und ein einheitlicher visueller Auftritt, und damit eine einheitliche Besucherführung der Gäste, sichergestellt werden sollte.

Bezüglich des Teilprojekts 4, Bäderfest, sehen wir es ähnlich wie diverse Vorrednerinnen und Vorredner. Die Abstimmung und die Koordination mit der Gesundheitsstiftung ist ein absolutes Muss. Wir fänden es schade, wenn wir ein tolles Fest organisieren würden, das Bad aber noch nicht eröffnet werden könnte.

Alles in allem steht die CVP hinter allen Anträgen. Bezüglich des Postulats werde ich nun im Sinne der Postulanten das Votum halten.

Die Postulanten unterstützen die vier Teilprojekte. Wir bedanken uns bei den vielen beteiligten Personen, die sich in den letzten Jahren für den Erhalt und die Vermittlung des kulturhistorischen Erbes im Bäderquartier eingesetzt haben. Mit viel Freiwilligenarbeit, Elan und Leidenschaft sind tolle Ideen entstanden und vom Bäderverein durchgesetzt worden, z. B. der Heisse Brunnen, die Bagni Popolari usw. Die Postulanten beantragen trotzdem das Postulat betreffend Erhalt und Vermittlung kulturelles Erbe Bäderquartier noch nicht abzuschreiben.

Was wird im Postulat gefordert? Die Erstellung einer Strategie der Vermittlung vom kulturellen und geschichtlichen Erbe des Bäderquartiers, das sich auf erhaltenswerte Kernelemente des Bäderquartiers konzentriert. Das soll in zwei Schritten passieren.

1. Gemeinsam mit einem Expertengremium soll definiert werden, was im Bäderquartier erhaltens- und vermittlungswert ist.
2. Es soll geprüft werden, wie die Vermittlung kurz- und längerfristig ermöglicht werden kann.

Aus unserer Sicht müssen folgende drei Punkte geklärt werden, bevor das Postulat abgeschrieben werden kann:

1. Die inhaltlichen Forderungen des Postulats werden grossmehrheitlich durch die Arbeiten des Bädervereins erfüllt. Das Verhältnis zwischen der Stadt Baden und dem Bäderverein ist aktuell unklar. Bevor das Postulat abgeschrieben wird, verlangen wir klare Verhältnisse, sei es über eine Leistungsvereinbarung oder über die Statuten des Bädervereins.
2. Es bestehen keine vertraglichen Zusicherungen über die öffentliche Zugänglichkeit zu den drei Quellen – Hinterhofquelle, Widchenquelle und Verenaquelle. Besonders brisant ist es bei der Hinterhofquelle, für die das Jungbrunnen-Projekt umgesetzt, und unter anderem

durch die Stadt Baden mitfinanziert wird. Wir verlangen deshalb auch dort klare Verhältnisse und eine vertragliche Zusicherung bezüglich der öffentlichen Zugänglichkeit der Quelle, weil wir sie als zentrales Element des kulturellen Erbes erachten.

3. Der dritte Punkt bezieht sich auch auf die Anfrage Mark Füllemann und Stefan Jaecklin betreffend Sichtbares Römisches Bad, welche später behandelt wird. Es freut uns, dass die FDP die Relevanz des kulturhistorischen Erbes des Bäderquartiers nun auch als wichtig erachtet, nachdem sie vor drei Jahren unser Postulat nicht unterstützt hat. Das zum Vorschein gekommene Verenabad und mittlerweile noch weitere Artefakte erachten wir als weitere zentrale und vermittlungswürdige Elemente. Aus unserer Sicht müssen die Arbeitsergebnisse der Arbeits- und Steuerungsgruppe vorliegen, bevor das Postulat abgeschrieben werden kann. Wir haben diesbezüglich zwar bereits einen Bericht erhalten, welcher jedoch nicht auf den ganzen Platz bezogen ist, sondern lediglich auf das Verenabad.

Ich habe folgende Fragen an den Stadtrat, die ich gerne heute Abend beantwortet haben möchte:

1. Was ist der aktuelle Planungsstand der Limmatquelle?
2. Was ist der aktuelle Planungsstand des Ochsenparks?
3. In der Einwohnerratsvorlage wird die zentrale Arbeit des Historischen Museums erwähnt. Wir würden gerne erfahren, inwiefern das in der Zukunft budgetrelevante Auswirkungen haben wird.

Mark Füllemann

Ich gelange an Sie mit einer persönlichen Erklärung. Viele von Ihnen wissen, dass ich familiär – durch meine Frau – mit dem Bäderquartier verbunden bin. Ohne die Vorfahren meiner Frau gäbe es den Verenahof nicht.

Ich bitte den Stadtrat, vor dem Fest Folgendes zu erklären:

Was heisst "Bäderstadt"? Baden sagt: "Wir sind Kultur- und Bäderstadt". Kulturstadt könnte ich einem Fremden, jemandem aus Wettingen oder Aarau, problemlos erklären. Wir haben das Kurtheater, Fantoche usw. Was jedoch ist eine Bäderstadt? Heute Abend haben wir ausführlich von der Therme und ihrer Geschichte gesprochen, vom Bäderquartier, welches sich nach der Therme entwickelt hat. Wir haben jedoch nicht von der Stadt gesprochen. Im Antrag steht die Fortschreibung der Geschichte, die Kulturvermittlung. Was ich im Antrag nicht finde, ist die Beziehung zur Stadt Baden. Wie bringen wir das Baden zu Baden? Wo ist der Konnex zum KSB und der aufstrebenden Gesundheitsindustrie in Baden? Das müsste irgendwo verknüpft sein. Wo ist der Konnex zur Wellness, zum gelebten Baden? Ich lese im Antrag Sätze, wie "der Transport von faktenbasierten Informationen". So ein Satz spricht den kühlen Kopf des Menschen an, aber nicht mehr. Ich bitte den Stadtrat, uns vor dem Bäderfest seine Vision zur Bäderstadt darzulegen, damit unsere Begeisterung mindestens auf 47° steigen kann.

Erich Obrist, Stadtrat

Ich bedanke mich für die gute Aufnahme unserer Anträge. Es gibt ein paar Punkte, die man differenziert anschauen muss.

Es ist eine Gemeinschaftsvorlage der Fach-(Abteilungen) Planung und Bau, Kultur, Standortmarketing und Administration Stadttammann.

Ich bedanke mich beim Präsidenten der Finanzkommission für die Würdigung der Leute, die sich im Bäderquartier engagiert haben. Es wurde tolle Arbeit geleistet, nicht nur vom Bäderverein. Es stecken viele ehrenamtliche Mannstunden drin. Markus Schneider ist im Bäderverein als Vertreter der Stadt dabei. Patrick Nöthiger engagiert sich als Privatperson im Bäderverein.

Es wurden die Betriebskosten angesprochen. Das hängt damit zusammen, dass die vorgelegten vier Teilprojekte unterschiedlich weit fortgeschritten sind. Das Teilprojekt Bäderkultur ist sicherlich am weitesten fortgeschritten. Deshalb ist auch die Qualität des Antrags, welche von Mark Füllemann angesprochen wurde, gut.

Das Teilprojekt Jungbrunnen ist noch nicht so weit.

Das Teilprojekt Geschichte und Geschichten ist dasjenige mit der "Cloud im Sack". Dieses Teilprojekt muss noch weiterentwickelt werden. Uns war jedoch wichtig, Ihnen alle vier Teilprojekte heute Abend vorlegen zu können. Das ist der übriggebliebene Strauss an Ideen, welcher vor fünf Jahren zusammengestrichen werden musste.

Es wurden die Investitionskosten beim Jungbrunnen angesprochen. Diese wurden noch nicht verhandelt. Es ist aber das Ziel, Verhandlungen mit der Eigentümerin zu führen. Es sind auch noch keine Synergien genannt worden. Ich denke an Brunnenoberflächenreinigungen usw. Mit den weitergehenden Projekten des Heissen Brunnens und des Trinkbrunnens werden wir diese Synergien sicherlich herstellen. Es stellt sich die Frage, wem was gehört und wer was macht. Um die Angelegenheit zu klären, werden wir einen Vertrag aufzusetzen müssen zwischen dem Bäderverein, der Stadt und der Gesundheitsstiftung. Es kann eine Leistungsvereinbarung oder ein Betriebsvertrag sein.

Zur Zugänglichkeit zum Jungbrunnen: Die Gesundheitsstiftung hat vom Kanton einen Beitrag für die halböffentliche Zugänglichkeit der drei weiteren Quellen – Verenhofquelle, Widchenquelle, Hinterhofquelle – und für die Einzelbäder erhalten. Es sind auch Investitionen angesagt, um die historische Substanz zu erhalten, wie z. B. den Elefantensaal. Das ist ein Paket über CHF 3,8 Mio. der Gesundheitsstiftung. An diesem Paket beteiligt sich der Kanton mit CHF 1,2 Mio. Vonseiten der Stiftung wird sehr viel gemacht. Nichtsdestotrotz werden wir auf die Stiftung zugehen, um eine gute Lösung zu finden.

Es wurde beim Teilprojekt Geschichte und Geschichte verschiedentlich angesprochen, dass man nicht einfach Märchen oder Geschichten für Kinder erzählen möchte. Hinter den Geschichten sollte Kompetenz stecken. Das Kompetenzzentrum ist hier das Historische Museum. Das Bäderquartier ist lediglich ein Satellit des Historischen Museums. Das Historische Museum hat den Lead über den ganzen inhaltlichen Bereich, sodass die Geschichten durchdacht, historisch verbürgt und qualitativ gut daherkommen. Ich denke da auch an die einheitliche Beschriftung und die einheitliche Besucherführung. Man muss das sicherlich nochmals prüfen. Ich bin überzeugt, dass wir dem Leitfaden der Stadt Baden auch im Bäderquartier Erfolg haben werden.

Selena Rhinisperger hat die Klärung zwischen Stadt und Bäderverein angesprochen. Im Art. 10, Abs. 2, der Statuten steht "Im Fall einer Auflösung des Vereins wird das allfällige Vermögen einer gemeinnützig organisierten Institution in der Region Baden übertragen." Das wurde in den Fraktionssitzungen moniert. Was bedeutet das? Ist das Geld dann weg? Im Sinn einer Steuerbefreiung wird der Abs. 2 an der Mitgliederversammlung 2020 des Bädervereins geändert. Neu heisst er: "... einer anderen der Gemeinnützigkeit oder öffentlichem Zweck steuerbefreite juristische Person mit Sitz in der Schweiz, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgt." Der Zweck ist somit ganz wichtig. Falls der Bäderverein aufgelöst werden müsste, und das Geld einem anderen Zweck zufallen würde, ist das gesichert. Man wird selbstverständlich auch Vereinbarungen mit dem Bäderverein treffen.

Zum Postulat selber:

Auch hier vielen Dank für die Würdigung der Privatpersonen. Sarah Wiederkehr hat drei Punkte angesprochen.

Die Klärung der Verhältnisse innerhalb des Bädervereins oder die Anpassung der Statuten:

Der genannte Abschnitt genügt wahrscheinlich nicht. Die Zugänglichkeit habe ich bereits angesprochen. Auch dort werden wir vertragliche Regelungen mit der Eigentümerin treffen. Die Sichtbarkeit der römischen Funde und Artefakte wird heute Abend noch thematisiert werden.

Eine Neugestaltung des Ochsegartens wurde gemäss der ursprünglichen Planung des Stadtrats 2016 abgelehnt. Das war eine Sparmassnahme. Neu wird man eine minimale Aufwertung des Ochsegartens, d. h. der Verbindung von der Römerstrasse zum Bäderquartier, durchführen. Finanziert wird es durch die Fachabteilung Stadtökologie. Die Wegverbindung der Römerstrasse zum Ochsegarten über die Dreikönigskapelle wird umgesetzt. Die Finanzierung wird durch die Verenahof AG geleistet. Die Materialisierung wird normaler Asphalt sein. Aufgrund des starken Gefälls macht man Betonblockstufen mit einem Handlauf mittels Leerrohr. Eine mögliche Beleuchtung ist zurzeit noch nicht geplant.

Zur Limmatquelle:

Das ist ein wenig komplizierter, weil die Limmatquelle Eigentum von drei privaten Parteien ist: Schiff, Freihof, Limmathof sowie Ortsbürgergemeinde. Es müssen technische Anpassungen aufgrund neuer Ableitungen gemacht werden. Es wird einen neuen Verteilkranz geben. Materialisierungsmöglichkeiten der Quelfassung sind zurzeit in Abklärung. Das Schutzgebäude wird keinen finanziellen Beitrag der Stadt erhalten, weil es keine künstlerische Gestaltung geben wird. Bei den Quelleigentümern hat die Verenahof AG den Lead übernommen. Die Stadt wird in Person von Katrin Reimann unterstützend dabei sein. Es ist ein Konkurrenzverfahren von drei bis fünf ausgewählten Architekten für die architektonische Gestaltung geplant.

Heute haben Sie einen Bericht der Aargauer Zeitung über Kunst am Bau (Ilona Rüegg) erhalten. Das ist eine spannende Arbeit. Ich bin nicht ganz zufrieden, wie das Badener Tagblatt den Artikel verfasst hat. Ich könnte mir vorstellen, dass die Ideen von Ilona Rüegg in der Limmatquelle aufgenommen werden könnten, um eine einheitliche Gestaltung zu erlangen.

Personelle Auswirkungen:

Es wird personelle Ressourcen im Historischen Museum brauchen. Wir werden einen Antrag unterbreiten. Laut einer ersten Schätzung werden es im 2022 etwa CHF 70'000 sein.

Wir nehmen Ihre Anregungen entgegen. Ihre Worte in unseren Ohren! Ich bitte Sie, ein klares "Ja" zu unseren Bädern zu geben. Es ist wichtig, dass wir auch politisch klar Stellung beziehen. Nicht mit einer Vision, lieber Mark Füllemann, die wir lediglich beschreiben. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass der Einwohnerrat heute Abend klar "Ja" sagen kann zu den Bädern für ein lebendiges, spannendes Quartier, für eine attraktive touristische Visitenkarte, für die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Bitte stimmen Sie allen vier Teilprojekten zu. Der Stadtrat ist immer noch der Meinung, dass man das Postulat abschreiben kann.

Markus Schneider, Stadtammann

Es ist wichtig, beim Bäderfest die Begeisterung nach aussen zu tragen. Ich war froh, in den Fraktionen über das Bäderfest Bericht erstatten zu können. Wir bereiten etwas Tolles vor. Es soll ein Fest für alle sein. Bei den gestellten Fragen von Mark Füllemann, Thomas Rimann und Sarah Wiederkehr ging es um den gleichen Inhalt. Wie steht es um die Abstimmung mit der Stiftung und der Eröffnung? Sie sprechen uns mit Ihren Fragen aus dem Herzen. Von Anfang an verfolgen wir das gleiche Ziel. Die Eröffnung und das Fest müssen miteinander erfolgen. Eigentlich sollte die Eröffnung der Startschuss sein für ein drei Tage lang dauerndes Fest. An diesem nahtlosen Übergang müssen wir arbeiten. Wir haben die gleiche Präsentation im Lenkungsausschuss der Bäder durchgeführt. Sie zeigten sich von den Inhalten begeistert und möchten mitmachen. Die Feinabstimmung müssen wir miteinander besprechen. Sie werden selbstverständlich ihr Fest und wir unseres organisieren. Wir werden die Synergien nutzen, wo sie genutzt werden können. Das Ganze soll aber ineinanderfließen und kein Konkurrenzkampf sein. Wenn uns das gelingt, dürfen wir uns auf das Fest freuen. Ich bedanke mich für die gute Aufnahme und die Unterstützung.

Selena Rhinisperger

Ich bedanke mich beim Stadtrat für die ausführlichen Erklärungen. Ich möchte noch kurz etwas zum Verhältnis zwischen dem Bäderverein und der Stadt Baden sagen. Erich Obrist hat die Statuten angesprochen. Im Zusammenhang mit der Zugänglichkeit der Quellen ist es sehr wichtig, dass die Stadt Baden und die Gesundheitsstiftung die Vereinbarungen treffen, und erst danach dem Bäderverein übergeben. Es wäre auch wichtig, dass die Stadt eine aktivere Rolle übernehmen würde. Die Stadt Baden ist zwar überall dabei, ich finde jedoch, dass die Interessen der Stadt in der Stadt bleiben sollten.

Sarah Wiederkehr

Mein Anliegen ist ähnlich wie dasjenige von Selena Rhinisperger. Ich möchte zuerst den Einwohnerrat auffordern, das Postulat zu diesem Zeitpunkt nicht abzuschreiben. Es gibt zwei Gründe dafür:

Einer davon ist das Verhältnis zwischen der Stadt und dem Bäderverein. Markus Schneider ist zwar als Vertreter der Stadt im Vorstand dabei, was jedoch nicht statutarisch festgelegt ist. Patrick Nöthiger macht das quasi als Hobby. Die Stadt Baden hat sicherlich ein Interesse daran, viel stärker in den Funktionen mitzuwirken. Wir möchten den Stadtrat ermutigen, die Statuten nicht nur in Bezug auf die Auflösung des Vereins anzupassen, sondern auch, auf die Verankerung der personellen Mitarbeit im Verein.

Das Zweite ist die vertragliche Zusicherung der Zugänglichkeit zu den drei Quellen. Wir möchten dort dem Stadtrat den Rücken stärken. Als Parlament fordern wir den Stadtrat dazu auf, mit den unterschiedlichen Besitzern der einzelnen Quellen zu verhandeln. Die Stadt soll bei diesen Verhandlungen eine Rolle spielen. Es ist uns wichtig, dass die Quellen öffentlich zugänglich sind und bleiben werden.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, das Postulat heute noch nicht abzuschreiben.

Erich Obrist, Stadtrat

Ich bedanke mich bei Sarah Wiederkehr für ihre Unterstützung. Ich möchte nochmals unterstreichen, dass wir Ihre Anregungen berücksichtigen werden, auch wenn das Postulat abgeschrieben werden sollte.

Beschluss:

1. An das Teilprojekt "Bäderkultur" wird ein Beitrag von CHF 200'000 (Beitrag/Kostendach) genehmigt. (einstimmig)
2. An das Teilprojekt "Jungbrunnen" wird ein Beitrag von CHF 278'700 (Beitrag/Kostendach) genehmigt. (grossmehrheitlich)
3. Für das Teilprojekt "Geschichte und Geschichten im öffentlichen Raum" wird ein Kredit von CHF 230'000 (Kostendach) genehmigt. (einstimmig)
4. Für das Teilprojekt "Bäderfest" zur Eröffnung der Bäder wird ein Kredit von CHF 300'000 (Kostendach) genehmigt. (einstimmig)
5. Von den nachfolgend ausgewiesenen Investitionsfolgekosten zulasten der laufenden Rechnung wird Kenntnis genommen. (grossmehrheitlich)
6. Der Antrag auf Abschreibung des Postulats Sarah Wiederkehr und Mitunterzeichnende vom 23. August 2017 betreffend Erhalt und Vermittlung kulturelles Erbe Bäderquartier wird abgelehnt und das Postulat nicht als erledigt abgeschrieben. (9 Ja-Stimmen zu 32 Nein-Stimmen)
7. **Dringliche Anfrage Mark Füllemann und Stefan Jaecklin vom 1. Juni 2020 betreffend Sichtbares Römisches Bad (31/20); Antwort**

Mark Füllemann

Wir haben die Anfrage am 1. Juni 2020 eingereicht. Am 3. August 2020 haben wir die erste Antwort erhalten, die uns auf die Einwohnerratssitzung im Oktober vertröstete. Am 10. Oktober 2020 konnten wir im Badener Tagblatt lesen, man habe den Fund als Schutzmassnahme wieder zugeschüttet, damit er keinen Schaden nimmt. Markus Schneider hat dies bedauert. Es wäre eigentlich sein Wunsch gewesen, den Fund sichtbar zu machen.

Am Montag haben Stefan Jaecklin und ich eine Antwort erhalten, in welcher kurz und bündig erklärt wird, dass die Sichtbarmachung des Bades nicht möglich sei. Es ist schade, dass in dem Moment, indem der Stadtrat kreativ wird, er dies nur im Finden von Gründen tut, wieso er es nicht

machen kann. Es ist eine unheimliche Allianz zwischen den Schützern, die fordern, dass sich ja nichts ändern darf, und den Digital Natives, welche am liebsten alles nur noch virtuell durchführen möchten. Das ist aus der Sicht der Badener Geschichte wenig begeisternd. Das haben auch Historiker, wie Ruth Wiederkehr und Bruno Meier in verschiedenen Zeitungsartikeln deutlich dargelegt. Wir haben den Eindruck, dass die ganze Geschichte um den Fund für die Stadt hauptsächlich ein bauliches Problem darstellt. Der einzige Kontakt mit der Stadtverwaltung war derjenige mit der Abteilung Planung und Bau. Wir haben bis heute nie ein Wort von der Fachabteilung Kultur gehört. Wir finden das schade. Stefan Jaecklin und ich sind immer noch der Meinung, dass "analog" einen tieferen Eindruck hinterlässt als "digital", dass ein sichtbares römisches Bad überzeugender gewesen wäre als ein Bild auf dem iPhone. Wir wundern uns, dass der Stadtrat derart überrascht worden ist, dass unter diesem Platz derartige Funde liegen können. Wir teilen die Ansicht von Bruno Meier, dass eine grosse Chance der kulturhistorischen Vermarktung vergeben wurde. Die Konsequenz ist: Was fast 2'000 Jahre ruhen durfte, darf 2'000 Jahre weiter schlummern. Gute Nacht zusammen!

Markus Schneider, Stadtammann

Ich danke Mark Füllemann für seine Ausführungen. Der Fund in den Bädern ist einzigartig. Der Fund an sich überraschte niemanden. Die Überraschung war, dass man es nicht an genau dieser Stelle erwartet hatte. Das Bad war nicht losgelöst von den Bädern; es gehörte dazu. Die Geschichte des Bads ist übrigens folgende: Als man im Verenahofgeviert mehr Wasser gebraucht hat, hat man einen Teil des Bads auf einer Seite abgeschnitten, damit immer genug Wasser für die Gäste auf die andere Seite floss.

Wir haben für den Einwohnerrat mit einem zweiten Protokollauszug des Stadtrats informiert, was wir normalerweise nicht tun. Unterdessen wurde ein Gutachten durch Experten erstellt. Die Gutachter haben festgestellt, dass in der kurzen Zeit, in der das Bad freigelegt hat, es aufgrund der einzigartigen Bodenbeschaffung und des feuchten Klimas bereits kleinere Schäden erfahren hat (z. B. Algenbefall). Hätten wir es dauerhaft sichtbar gemacht, wären womöglich Langzeitschäden entstanden. Dies entspricht nicht unserer Auffassung des Umgangs mit unseren Kulturschätzen. Deshalb ist die einzige Variante, das Bad der Erde zurückzugeben, um es zu schützen.

Es ist wichtig, die Geschichte trotzdem darstellen zu können. Wir können z. B. die Stelle auf dem Platz bei der Neugestaltung markieren. Man kann Bilder des Bades zeigen und eine Visualisierung machen. Wir arbeiten an diesem Projekt zusammen mit der Kantonsarchäologie und den Historikern. Es fand heute in den Bädern eine Medienkonferenz statt, an der wir die Funde gezeigt haben. Wenn man eine römische Tafel in einem Erdhaufen findet, lag sie früher wahrscheinlich an einem anderen Ort. Vermutlich lag sie dort im Weg, und man hat sie verschoben. Die Gegenstände haben einen historischen Wert, und man muss sie zur Verfügung stellen.

Bevor die Medien orientiert wurden, wurden Sie vonseiten der Abteilungen vorinformiert.

Das ist der Ablauf. Wir werden uns weiterhin bemühen, zusammen mit der Archäologie zu arbeiten, alle Kulturschätze zu verarbeiten und zu dokumentieren, damit wir sie später im neu gestalteten Gebiet präsentieren können. Was man erhalten kann, wie z. B. das Fundament eines Brunnens, werden wir selbstverständlich erhalten. Dort, wo es sinnvoll ist, sollte man die Fundstücke sichtbar machen.

8. Energieförderprogramm; Reglement über das Energieförderprogramm (Energierglement) (55/20)

Michael Brandmaier, Präsident Strategiekommision

Das Energieförderprogramm wird von der Strategiekommision befürwortet. Damit können wir den Ersatz von fossilen Heizungen, von denen es noch genug gibt, unterstützen. Die Mittel dieses Programms werden neu mittels eines Umlageverfahrens erhoben. Früher haben wir es mittels eines Investitionskredits getan.

Ein wichtiger Bestandteil des Programms ist die Fachberatung von Liegenschaftsbesitzern bei der Umstellung ihrer Liegenschaften auf nachhaltige Energie. Die Strategiekommision hat sich gefragt, ob es mit dem neuen Reglement weiterhin möglich sei, private Energieberater einzusetzen, oder ob das der Regionalwerke AG Baden vorbehalten bleibe. Es ist weiterhin möglich. Wir begrüßen es, dass es nicht ein Monopol der Regionalwerke AG Baden gibt. Es wurde uns zugesichert, dass es möglich sei und dass man die entsprechenden Vereinbarungen treffen könne. Es genügt jedoch nicht, lediglich ein Inserat zu schalten, um Förderbeiträge zu erhalten.

Die Definition der klaren Voraussetzungen für Fördergelder hat uns gefallen. Die Formel für diese Berechnung finden wir als Entwurf in der Verordnung. Sie sollte anpassbar und nicht im Reglement integriert sein. Das sollte auf der Verordnungsstufe geregelt sein.

Ein anderer Punkt ist die Mehrfachförderung. Es wurde in der Strategiekommision diskutiert, ob sie sinnvoll und gewollt sei, sowohl von der Regionalwerke AG Baden als auch von der Stadt. Die Frage wurde bejaht. Wir können so die Umstellung auf erneuerbare Energien schneller vorantreiben und den Liegenschaftsbesitzern bei der Umstellung auf erneuerbare Energien ein zusätzliches "Zückerli" anbieten. Die Angelegenheit muss jedoch noch genau abgeklärt werden. Wir sind gespannt darauf. Wir müssen damit umgehen können, dass sich die Verordnung in einem fast finalen Stand befindet. Es geht schnell vorwärts, weil das Energiegesetz vom Kanton Aargau abgelehnt wurde.

Es stand auch die Frage im Raum, wie wir damit umgehen können, dass die Nachfrage nach Energieberatung abnimmt, und zwar in einem Mass, dass die Einnahmen über den Zuschlag der Netznutzung die Förderbeiträge in einem substantiellen Bereich übersteigen. In einem ersten Schritt kann man das über Tarifierpassungen auf Verordnungsebene machen. Längerfristig müsste das Reglement angepasst werden.

Die Strategiekommision empfiehlt Ihnen, das Reglement zu erlassen.

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Wir kommen nun zur Eintretensdebatte, nachher bei Bedarf zur Detailberatung.

Hubert Kirrmann

Hätte jemand vor einem Jahr einen Kredit für die Beschaffung von Masken für die Bevölkerung verlangt, wäre der Antrag als unrealistisch abgewiesen worden. Das, obwohl das Bundesamt für Bevölkerungsschutz bereits 2015 eine Pandemie als zweitwahrscheinlichste Bedrohung für die Schweiz eingestuft und damals verlangt hatte, dass in jedem Haushalt 50 Masken lagern sollten. So sind wir ziemlich unvorbereitet in die Corona-Krise gerutscht.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz hatte 2015 als wahrscheinlichste Bedrohung für die Schweiz einen Strommangel eingestuft mit flächendeckenden Abschaltungen, wie in Kalifornien diesen Sommer geschehen. Undenkbar bei uns? Noch läuft alles gut, weil noch vier Atomkraftwerke produzieren, und Importe das abgeschaltete AKW Mühleberg ersetzen und die Winterlücke füllen. Der goldene Energieherbst geht aber zu Ende.

In nicht einmal zwei Jahren werden um die Schweiz herum 11 Atomkraftwerke abgestellt. Die Stromschwemme in Europa ist vorbei, die Reserven schwinden. Deutschland wird 20 Jahre lang Windkraft ausbauen, um seine restlichen Atomkraftwerke zu ersetzen, aber der Zubau von Windkraft nimmt seit Jahren ab.

Wir wissen nicht, wie lange unsere Atomkraftwerke noch laufen werden. Sie sind, wie alle Oldtimer, störanfällig. Neue Atomkraftwerke sind nicht in Sicht. Statt Importe planen die Elektrizitätswerke Gaskraftwerke. Jetzt eröffnen uns die Ölkonzerne, dass die Fördermenge von Erdöl von jetzt an und für immer abnehmen wird. Peak Oil ist bereits überschritten.

Die erneuerbaren Energien kommen viel zu langsam vorwärts und schaffen die Ablösung nicht. Um das Solarpotential des Kantons auszuschöpfen, braucht es beim heutigen Zubau mehr als 70 Jahre. Wohlverstanden: der Aargau kann sich nach Abschaltung der Atomkraftwerke nicht mit eigenen erneuerbaren Energien selber durch das ganze Jahr versorgen. Er wird vom Strombaron zum Strombettler.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz hat 2015 als drittwahrscheinlichste Bedrohung Klimaveränderungen identifiziert: Dürren, Hitzewellen und extreme Wetterlagen, die im Süden Migrationsdruck auslösen könnten. Das Tempo der Erwärmung nimmt zu. Die Schweiz soll ihren bescheidenen Beitrag zur Senkung der Treibhausgase leisten.

Wenn wir warten, bis die Bedrohungslage eintritt, wird es zu spät sein.

Die Energiefachstelle Baden und die Energiekommission haben ein fundiertes Energiereglement erarbeitet. Es fördert effiziente und CO₂-arme Heizungen, begünstigt die Elektromobilität und belohnt die Hauseigentümer, die Photovoltaik installieren. Der Beitrag von weniger als einem Rappen pro Kilowattstunde ist für Haushalte und Geschäfte verkraftbar. Das Geld bleibt in Baden, es kommt allen zugute.

Das Reglement reicht bei weitem nicht, um die Versorgung zu sichern oder das Klima zu retten. Es ist lediglich eine Schadensbegrenzung.

Nach der Ablehnung des aargauischen Energiegesetzes sagten Hansjörg Knecht von der SVP und Benjamin Riva von den Jungfreisinnigen: "Natürlich befürworten wir einen ökologischen, verträglichen und CO₂-armen Ressourcen- und Energieeinsatz. Er soll aber auf Eigenverantwortung und Anreizen aufbauen." Die Möglichkeit haben wir jetzt, und wir nehmen diese Parteien beim Wort.

Die SP-Fraktion begrüsst das Energiereglement und lobt die geleistete Arbeit. Verbesserungen und Kurskorrekturen sollte man in die Energieverordnung einbringen. Projekte dürfen nicht in Erwartung der Förderung aufgeschoben werden. Darum sollen das Energiereglement und die Energieverordnung unverzüglich in Kraft treten.

Gian von Planta

Hubert Kirrmann hat sehr schön dargelegt, wieso wir das Energiereglement brauchen. Obwohl das Reglement nicht ganz so ausgefallen ist, wie wir es uns wünschten, werden wir es trotzdem unterstützen. Es gäbe für uns andere, effizientere Wege, um den Energiewandel zu vollziehen, heute haben wir jedoch nur die vorliegende Variante.

Es fällt auf, dass es neben der Photovoltaik-Förderung, auch auf die Förderung der Fernwärme hinausläuft. Das ist sicherlich sinnvoll. Das freut sicherlich auch die Regionalwerke, die viel von diesem Geld in Empfang nehmen dürfen. Trotzdem weisen wir darauf hin, dass Fernwärme per se nicht nur gut ist. Fernwärme aus der KVA z. B. wird lediglich zu 50% als erneuerbar angerechnet, auch wenn sie sicherlich zu 100% sinnvoll ist, wenn man sie nutzt. Bei der Holzschnitzelfernwärme-Heizung, wie derjenigen in Dättwil, ist es noch spezieller und schwieriger. Dort werden bis zu 20% der Wärmeleistung fossil durch Erdgas erzeugt. Wir hätten uns gewünscht, dass das Reglement strenger gewesen wäre, und man Fernwärme nur dann fördern würde, wenn auch die Spitzenlastdeckung mit erneuerbaren Energien – in diesem Fall mit erneuerbarem Gas – funktionieren würde. Als Zweites hat uns gestört, dass die Abgabe nur auf Strom erhoben wird. Der grösste Teil der Energie, welche wir im Haushalt brauchen, wird für Warmwasser und für Heizung gebraucht. Wenn wir diesen Teil heute mit Gasheizung abdecken, zahlen wir nichts in diesen Topf ein. Wenn wir jedoch von der Gasheizung auf Wärmepumpe wechseln, müssen wir einen Beitrag zahlen. Das erscheint uns ungerecht. Man kann natürlich sagen, dass diejenigen, die mit Öl heizen, auch nichts zahlen. Ölheizungen sind in Baden jedoch eher untervertreten und werden bald nicht mehr existieren.

Wie anfangs erwähnt, ist die Abgabe auf den Strom für uns nicht gerade der ideale Weg für die Energiewende. Wir würden z. B. eine CO₂-Lenkungsabgabe bevorzugen oder ein Ablaufdatum für fossile Heizungen einführen. Das ist im Kanton Aargau zurzeit nicht möglich. Wenn wir heute etwas für das Klima tun wollen, führt kein Weg daran vorbei, das über eine Förderabgabe oder über die Verteilung geltend zu machen.

Wir werden dem Reglement trotzdem zustimmen.

Karim Twerenbold

"Alle zahlen mit, alle profitieren mit." Das ist ein Zitat aus dem Förderprogramm der Stadt Winterthur. Ehrlich gesagt, ist es so auch korrekt. Die Behandlung des Energieförderprogramms hat bei der CVP keine kontroverse Diskussion ausgelöst und ist unbestritten. Letzten Endes ist das energiepolitische Ziel, die energiebedingten Treibhausgasemissionen spätestens bis 2050 auf Netto Null zu bringen, vorgegeben und absolut richtig. Mit dem Energieförderprogramm besitzt der Stadtrat unserer Meinung nach das geeignete Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Wir finden es ein gutes Instrument. Es ist auch gut, dass die Stadt Baden sich an gut funktionierenden Beispielen orientiert hat. Erwähnt wurden die Städte St. Gallen und Winterthur. Ich habe das Programm der Stadt Winterthur gelesen. Es ist sehr vernünftig und ein gutes Vorbild für die Stadt Baden. Das Förderprogramm hat einen Kosteneffekt auf Haushalte und Firmen, welcher jedoch in einem legitimen Rahmen für das vorgesehene Ziel liegt. Letztendlich kann es mittelfristig auch zu Kosteneinsparungen kommen und evtl. auch zu wirtschaftlichen Impulsen für das regionale Gewerbe führen. Den Fokus, den Ersatz der fossilen Heizungssysteme voranzutreiben und auf erneuerbare Energien zu setzen, erachten wir als gut. Ich finde die Berücksichtigung der Verfügbarkeit von Zapfsäulen für den Strom der Elektrofahrzeuge persönlich auch gut.

Es ist alles in allem eine gute Sache. Deshalb empfiehlt die CVP den Erlass des Energiereglements.

Antonia Stutz

Bei der FDP hat die Vorlage keine grosse Begeisterung ausgelöst.

Die Aargauerinnen und Aargauer haben im September 2020 mit 50,9% das kantonale Energiegesetz abgelehnt.

Die kantonale Klimaschutzinitiative von SP, Grüne und Baumeister, das Förderprogramm Energie des Regierungsrats und das nationale CO₂-Gesetz sind aktuell in der Pipeline.

Mit dem Förderprogramm Energie will der Regierungsrat Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer, die ihre Gebäude energetisch sanieren wollen, finanziell stärker unterstützen. Dafür sollen ab 2021 bis 2024 jedes Jahr rund CHF 13 Mio. eingesetzt werden. Insgesamt sollen Förderbeiträge von CHF 72,4 Mio. ausbezahlt werden. Dazu kommen CHF 3 Mio. Vollzugskosten. CHF 12 Mio. steuert der Kanton selber bei. Der grosse Rest sind Beiträge des Bundes aus der CO₂-Teilzweckbindung.

Der Regierungsrat rechnet damit, dass mit den Förderungen zwischen CHF 375 und 750 Mio. an Investitionen ausgelöst werden. Die CO₂-Emissionen könnten damit um 440'000 Tonnen reduziert werden.

Es macht aus Sicht der FDP zurzeit keinen Sinn, dass die Stadt Baden voprescht. Der Handlungsspielraum ist beschränkt. Das Energieförderprogramm ist eine Überregulierung, die keinen Sinn macht. Die Lenkungsabgabe auf Strom setzt am falschen Ort an. Sie müsste die fossilen Brennstoffe besteuern und nicht den Strompreis erhöhen.

Die Standortattraktivität leidet, wenn der Strom für die Wirtschaft und das Gewerbe überteuert wird.

Die FDP wird das Reglement einstimmig ablehnen.

Corinne Schmidlin

Die Stadt Baden ist auf dem Weg zu Netto Null bis 2050. Das heisst, bis dann muss sich die Stadt Baden von den fossilen Energieträgern verabschiedet haben. Das ist kein Spaziergang. Das vorliegende Förderprogramm ist deshalb ein zentrales Element der städtischen Energiepolitik. Es ist klar, dass es lediglich ein Instrument ist. Mit diesem Förderprogramm kann man nicht alle Probleme lösen. Man kann damit nicht alles machen, um das Ziel zu erreichen. Es ist aber ein wichtiges Instrument. Es ist auch nicht so, dass wir in Baden keine Ölheizungen mehr hätten. Es wäre schön, wenn das so wäre. Das Problem hat sich noch nicht erledigt. Es sind sicherlich noch ca. 550 Gebäude in der Stadt Baden, welche mit Öl heizen. Es lohnt sich zu versuchen, diese Heizungen durch erneuerbare Energie zu ersetzen.

Ein drittes Argument war die Gerechtigkeit. Es ist immer schwierig, ein solches Instrument so zu erarbeiten, dass es für alle möglichen Situation und für alle Leute gerecht ausfällt. Strom ist jedoch die Energiequelle, die alle nutzen. Jeder Haushalt bezieht Strom. Es ist deshalb sinnvoll, an diesem Ziel zu arbeiten. Die Stadt Baden hat sich den Erfahrungen aus anderen Städten orientiert.

Die Grünen stimmen diesem Förderprogramm einstimmig zu. Wir finden auch die erwähnten Schwerpunkte sinnvoll. Es gibt noch etwas zu ersetzen bei den fossilen Heizungen, natürlich werden wir mehr Gas haben. Die fossilen Heizungen machen zusammen etwa 53% der Treibhausgasemissionen aus.

Die Flexibilität bei der Anpassung der Gebühren in Abhängigkeit des aktuellen Förderbedarfs ist uns bei diesem Reglement auch wichtig. Die Energiewelt ist extrem schnelllebig. Da muss man einfach flexibel sein. Wir denken, dass diese Verordnung eine gute Möglichkeit bietet, um bei Bedarf die Förderbeiträge schnell ändern zu können, wenn z. B. Programme von Bund oder Kanton solche Änderungen nötig machen würden.

Wir sind der Ansicht, dass die Netzbeiträge moderat sind, sowohl für Private als auch für Unternehmen. Wir alle haben bereits früher für die Förderprogramme gezahlt. Die Stadt hat immer noch unterdurchschnittlich tiefe Strompreise.

Zum Schluss noch eine Idee, wie man die Wirkung des Förderprogramms sogar noch verdoppeln könnte. Eine kleine Rechnung: Ein Normhaushalt wird ab dem 2. Jahr mit CHF 18 pro Jahr belastet. Mit diesen CHF 18 kann eine Familie mit 5,8-l-Auto ins Conny Land und zurückfahren. Vielleicht schaffen wir es durch dieses Programm, die Familie zu überzeugen, dass sie am Samstag Nachmittag auch in den Teufelskeller gehen könnte. Der Effekt wäre, 27 kg Einsparung an CO₂. Auf dem Weg zu Netto Null zählt jeder Schritt. Mit diesem Reglement machen wir einen wichtigen Schritt vorwärts.

Ich bedanke mich beim Energiekoordinator, Christian Vogler, für die extrem gut ausgearbeitete Vorlage. Wir freuen uns, dem Energieförderprogramm zuzustimmen.

Benjamin Steiner

Ich kann Ihnen nichts versprechen, aber mit ein wenig Glück ist es das mein letztes Votum als Einwohnerrat, das Sie über sich ergehen lassen müssen. Was ich sicher versprechen kann ist, dass es das kürzeste Votum sein wird, das ich je gehalten habe. Auch ich könnte lang und breit lamentieren, und würde es auch gerne tun. Meine Vorredner haben das jedoch schon sehr gut gemacht. Mir ist aufgefallen, dass man alles, was zu diesem Reglement gesagt werden muss, in einem Satz zusammenfassen kann, nämlich: Sagen Sie "ja" zum Energiereglement, weil es Sinn macht, durchdacht, wirkungsvoll, fair, wirtschaftlich tragbar, dringend notwendig und längst überfällig ist.

Tobias Vonesch

Ich habe mich relativ lange gefragt: Muss ich hier wirklich erklären, warum wir gegen dieses Reglement sind? Ich wüsste auch gar nicht, was Christian Vogler in dieses Reglement hätte schreiben können, damit es uns gefallen hätte. Liegenschaftsbesitzer in der Stadt Baden kann man selten als arm bezeichnen. Wer sich Wohneigentum in Baden leisten kann und meint, dass er über seine Verhältnisse oder jene des Planeten lebt, soll sich gefälligst an der eigenen Nase nehmen. Wir sind prinzipiell dagegen, dass der Mittelstand überproportional mit dieser Energieabgabe zusätzlich belastet wird, während eben genau jene, welche sich das Wohnen auf unverschämt viel Raum in der Stadt Baden leisten können, sich von diesen Beiträgen Beratungen und Liegenschaftsaufwertungen subventionieren lassen können.

Der Irrsinn zeigt sich zum Beispiel in Paragraph 5: "Sachliche Voraussetzungen: Die Massnahme ist ohne die Förderung durch das Energieförderprogramm nicht auf wirtschaftliche Weise realisierbar."

Oder fast noch besser in Paragraph 7: "Mehrfachförderungen sind möglich und bei einzelnen Förderbereichen beabsichtigt."

Es darf sich also nicht einmal lohnen; kompletter Idealismus. Ob die Welt hier gerettet wird? Wahrscheinlich nicht! Ganz sicher wird das Wohnen in Baden aber wieder teurer, und das für alle, statt für wenige. Gian von Planta hat es vorhin richtig gesagt: Der grösste Treibhausgas-Faktor ist das Wohnen. Vielleicht ist die Zukunft des "Cüpli-Sozi" einfach der "Einfamilienhüsligrüeni oder Grünliberali".

Die SVP lehnt das Reglement einstimmig ab.

Gian von Planta

Die FDP unterstützt das neue CO₂-Gesetz und die Klimainitiative, was mich freut.

Ich möchte Folgendes klarstellen: Ich finde schon, dass das Reglement einen Hebel hat, und der wird Einfluss haben, wenn ich an die Photovoltaik-Förderung denke. Es war mir wichtig zu betonen, dass es eigentlich nicht der effizienteste Weg ist, um die Klimawandlung zu vollziehen. Wir haben jedoch im Moment keine andere Alternative.

Markus Schneider, Stadtmann

Die negativen Stellungnahmen der FDP und der SVP sind nicht ganz überraschend. Eigentlich hätte ich nach dem Votum von Corinne Schmidlin nichts mehr zu diesem Traktandum sagen müssen. Sie hat sowohl die Beweggründe als auch den Inhalt sehr gut zusammengefasst und dargestellt.

Es ist nicht so, als hätte man mit dem Energiereglement die ganze Arbeit gemacht, um unser Ziel zu erreichen, nota bene auch als "Energistadt Gold". Sie haben uns den Auftrag erteilt, uns auf den Weg zu machen. Auf diesem Weg ist das Energiereglement ein wichtiger Teil. Es soll ermöglichen, Unterstützungsgelder zu zahlen. Ich denke, da sind wir uns alle einig, dass der grösste Hebel bei den Liegenschaften liegt – Sanierungsbedürftige Häuser mit alten Heizungen. Dort muss man Geld investieren. Wir müssen einen Schritt mehr machen als Bund oder Kanton. Selbstverständlich ist es wichtig, sich abzustimmen. Die ganze Klimaproblematik wird dadurch natürlich nicht gelöst.

Man sollte dem Reglement zustimmen und bereit sein, die Gelder gut einzusetzen, die Photovoltaik zu fördern und Heizungen zu ersetzen, um von den fossilen Heizträgern wegzukommen.

Es ist nicht das Ende der Fahnenstange, sondern erst der Anfang. Es wird weitere Massnahmen brauchen. Wir müssen das Geld gezielt einsetzen. Wir müssen gute Projekte vorantreiben. Wir hoffen, dass uns Bund und Kanton mit ihren Entscheiden unterstützen werden.

Ich bitte Sie im Namen des Stadtrats, das Reglement zu unterstützen.

Beschluss:

Das Energiereglement wird erlassen. (31 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen)

9. Gemeinde Sportanlagenkonzept (GESAK) (58/20)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Nachdem wir gestern zwei Traktanden vorgezogen haben, kommen wir nun zu Traktandum 9.

Das Vorgehen ist wie folgt: Zuerst die Stellungnahmen und danach die Abstimmung.

Michael Brandmaier, Präsident Strategiekommision

Das Sportanlagenkonzept (GESAK) wurde von der Strategiekommision gut aufgenommen. Wir empfehlen deshalb dem Einwohnerrat, das Sportanlagenkonzept zur Kenntnis zu nehmen.

Das Konzept ist eine gute umfangreiche und vollständige Bestandsaufnahme aller Anlagen, sowohl aus funktionaler wie auch aus baulicher Sicht. Anhand dieser Grundlagen wird erkennbar, wo und wann baulich etwas gemacht werden muss und Handlungsbedarf besteht. Es betrifft einerseits Sanierungen und auch Regeländerungen in Sport und Spiel. Wir befinden uns heute in einer Handballhalle. Die Anforderungen für den Wettkampf haben sich geändert. Wenn wir Sport auf Leistungsniveau in der Stadt Baden treiben wollen, muss Raum vorhanden sein. Das wurde bei der Strategiekommision sehr gut aufgenommen. Einen Teil dieser geänderten Anforderungen können wir abfangen, indem wir gut planen. Die Übersicht mit der Darstellung der Nutzung der Anlagen kann noch etwas optimiert werden. Es braucht einen adäquaten Grundstock an Anlagen in einem adäquaten Zustand. Viele Anlagen im 10-jährigen Finanzplan sind als Sanierungsprojekte eingestellt.

Zusammengefasst ist das Konzept, das wir Ihnen zur Kenntnisnahme empfehlen, sehr gelungen.

Wir haben gehört, dass wir Bäderstadt sind. Kulturstadt sind wir auch. Ich möchte aber auch ausrufen: Wir sind durchaus auch eine Sportstadt, die man ernst nehmen sollte!

Olivier Funk

Das team baden hat die Unterlagen zum Sportanlagenkonzept interessiert studiert und nimmt das Konzept gerne zur Kenntnis.

Es freut uns, dass unsere Sportanlagen offensichtlich gut genutzt werden und somit einem grundsätzlichen Bedürfnis unserer Bevölkerung entgegenkommen. Es wird gleichzeitig auch der Handlungsbedarf aufgezeigt, der zweifelsohne vorhanden ist. Es zeigt sich, dass unsere Sportinfrastruktur in die Jahre gekommen ist, und in vielen Bereichen auch nicht mehr den Anforderungen und den Vorgaben entspricht, z. B. der Sicherheit oder Zugänglichkeit. Das Konzept ist gut strukturiert und zeigt einerseits eine klare Ist-Situation auf, bringt aber auch ganz konkrete Ansätze für die Weiterarbeit und Aufwertung. Besonders gut gefallen hat uns die zum Teil unkonventionelle Idee für die bestehende Rasenfläche – gerade rund um diese Halle – in der Umgebung der Aue und des Schwimmbades. Das finden wir eine interessante Idee. Die Öffnung solcher Flächen für die breite Nutzung ist sicherlich spannend. Es wurden auch einfache, kleinere Massnahmen zur

Aufwertung der aktuellen Situation aufgezeigt. Hier ein WC, dort die Entfernung eines Zauns, hier eine neue Beschriftung: pragmatisch und gut!

Auch die Betrachtung über die Gemeindegrenzen hat uns gut gefallen. Es ist ein Thema, das sich sinnvollerweise in der Zusammenarbeit über die Gemeinden hinweg lösen lassen kann.

Alles in allem ein sehr gelungenes Werk und eine gute Planungsgrundlage. Wir bedanken uns dafür bei allen Beteiligten.

Angesichts der gedrängten Traktandenliste erlaube ich mir, einen Versuch zu machen, um effizienter zu sein.

Deshalb nehme ich vorweg: Das team baden wird den beiden Anträgen für die Doppelsporthalle B bei der Kantonsschule Baden ebenfalls zustimmen. Das Geschäft ist eine logische Konsequenz aus dem sehr guten Sportanlagenkonzept.

Thomi Bräm

Das Gemeinde Sportanlagenkonzept ist eine gute Studie und eine systematische Analyse der Sportinfrastruktur. Es ist aber auch eine erstmalige Auflistung sämtlicher Infrastrukturen und eine funktionelle und bauliche Bewertung. Ich hatte in den vergangenen acht Jahren als Mitglied der Sportkommission Gelegenheit, den Werdegang des GESAK persönlich mit zu verfolgen.

Auch in der Sportkommission wurde die überarbeitete GESAK-Studie wohlwollend zur Kenntnis genommen. Zwar hat es lange gedauert, bis das Konzept endlich vorlag, das Ergebnis ist jedoch sehr gut. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten.

Das GESAK ist ein Planungsinstrument und zeigt einen grossen Bedarf nach Sportinfrastrukturen für rund 45 Sportvereine mit rund 4'000 Mitgliedern auf.

Im gesamtschweizerischen Vergleich ist Baden, abgesehen von den Wasserflächen, teilweise unterdurchschnittlich mit Sportanlagen ausgestattet, im Verhältnis zur Anzahl lizenzierter Sportlerinnen und Sportler, z. B. bei Fussballplätzen. Es hat zu wenig Infrastrukturen, und viele sind veraltet. Es gibt Badener Vereine, die Hallen in Nachbargemeinden auf eigene Kosten mieten müssen. Ich bitte die Sportkommission, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Die Fraktion der Mitte steht positiv zum neuen GESAK.

Maurizio Savastano

Das Konzept ist unseres Erachtens gewissenhaft erarbeitet und verständlich verfasst worden. Wir danken dafür den Autoren und den beiden Mitwirkenden. Es ist zu begrüßen, dass teilweise grosse Investitionen in die Sportinfrastruktur frühzeitig erkannt und zur Diskussion gebracht werden. Die FDP ist sich des Stellenwerts des Sports in unserer Stadt bewusst und nimmt das Konzept grossmehrheitlich zur Kenntnis. Wir nutzen allerdings die Gelegenheit um festzuhalten, dass unsere Kenntnisnahme nicht automatisch mit dem Einverständnis des zur Priorisierung des vom Konzept besprochenen Projekts einhergeht. Jede einzelne Investition muss zur gegebenen Zeit separat im Detail und unter Berücksichtigung der Umstände geprüft werden. Wir waren etwas irritiert über den dringenden Handlungsbedarf bei der Schulanlage Burghalde, wo die Anlagen doch zurzeit für Rekordsummen um- und neugebaut werden. Handelt es sich hier um eine Fehlplanung oder um einen Irrtum? Wie gedenkt der Stadtrat, den Missstand zu beheben?

Zuletzt stimmen wir den Autoren zu, dass der regionale Austausch der Fachstelle Sport unbedingt und schnellstmöglich mit den umliegenden Gemeinden aktiv aufgenommen werden muss. Sport ist ein regionales Thema. Dementsprechend soll die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden eine Usanz und nicht ein Ziel sein.

Alex Berger

Ich lese Ihnen das Votum von Barbara Bircher vor:

Das Sportanlagenkonzept ist gut strukturiert, verständlich formuliert und sorgfältig dargestellt. Dafür danken wir der Stadt herzlich. Wir entnehmen diesem Konzept etwas über unsere Sporthallen und Sportanlagen, was auf die meisten unserer Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen zutrifft. Sie sind nicht mehr ganz die Jüngsten, aber noch recht gut in Form. Wir lesen, dass es in den nächsten Jahren in Dättwil eine neue Sporthalle braucht, und dass viel mehr Menschen Fussball spielen würden, wenn es genügend Rasenfläche gäbe. Das Konzept verspricht mit seinem Credo, bevor in die Infrastruktur investiert wird, soll eine organisatorische oder strukturelle Optimierung immer einen ersten Lösungsansatz darstellen, haushälterisch mit den Steuergeldern für die Sportinfrastruktur umzugehen. Es schlägt kreative Lösungen vor, wie eine Wiese mit einfachen Mitteln für das Fussballtraining genutzt werden könnte. Und wie mit einer Pufferhalle der Sportflächenknappheit der Innenstadt begegnet werden kann. Die Empfehlung, die Sportinfrastruktur regional zu nutzen und das Bauen zu intensivieren, unterstützt die SP-Fraktion gerne. Das Bedürfnis nach einer wettkampftauglichen Dreifachhalle kann ich als Einwohnerrätin, die mit den Steuergeldern in erster Linie den Volksschulraum für Sportlektionen zur Verfügung stellen will, weniger gut nachvollziehen, als als Mutter eines aktiven Unihockeyaners, der in den Wettkämpfen möglichst viele Tore schießen will. Mit der Corona-Pandemie erhalten die grossen Anlagen plötzlich auch als Versammlungsort für Informationsveranstaltungen ein stärkeres Gewicht. Ich bin deshalb froh, gibt es dazu bereits im nächsten Traktandum eine Lösung.

Die SP-Fraktion nimmt das Konzept dankend zur Kenntnis und freut sich über ein griffiges Instrument, um den Sanierungsbedarf der Sportanlagen künftig gestaffelt abarbeiten zu können.

Adrian Gräub

Die SVP hat sich mit dem Konzept befasst und findet es gut. Es wurde eine ausführliche Analyse gemacht mit vielen Details. Alle Akteure wurden miteinbezogen. Die Synthese ist gut, die Empfehlungen lesbar und nachvollziehbar. Etwas hat uns trotzdem gestört oder zumindest eine Frage aufgeworfen. In der Vorlage steht: "Das GESAK wird im Zeitraum von zwei bis drei Legislaturen periodisch aktualisiert." Das ist für uns zu ungenau. Es wäre eine lange Frist. Die Frage ist, ob das wirklich zielführend ist. Uns ist natürlich der Aufwand für eine Aktualisierung bewusst.

Wir nehmen vom Sportanlagenkonzept sehr gerne Kenntnis.

Norma De Min

Die Grünen nehmen das Sportanlagenkonzept GESAK auch zur Kenntnis. Das Bedürfnis an Bewegungs- und Begegnungsräumen wird mit der Verdichtung immer grösser. Eine konsequente Planung solcher Orte ist deshalb wichtig. Die Grünen sehen das GESAK als gute Planungsgrundlage dafür.

Zu den Gesundheitskosten: Wenn man Bewegung fördert und Bewegungsräume zur Verfügung stellt, setzt man mit dem GESAK auf kostengünstige Prävention, nämlich auf die Erhaltung der Gesundheit, anstatt auf die Kosten einer intensiven Rehabilitation.

Renzo Iten

Ich habe dieses Konzept mit grösstem Interesse verfolgt, weil ich seit etwa 20 Jahren – einem Grossteil meines Lebens – selber im Vereinssport bin. Ich habe wenig zu beanstanden. Ich bedanke mich für die gute Arbeit.

Die glp wird das Sportanlagenkonzept dankend zur Kenntnis nehmen und auch dem Antrag im nächsten Traktandum zustimmen.

Ruth Müri, Stadträtin

Als Ressortverantwortliche für Bildung und Sport habe ich selten Gelegenheit, im Einwohnerrat Stellung zu einem Geschäft nehmen zu dürfen. Es freut mich deshalb, dass die Vorlage so positiv aufgenommen worden ist. Es ist eigentlich optimal, dass wir diese Vorlage in der Sporthalle Aue diskutieren können. Sie können sich so selber überzeugen, dass z. B. die WC-Anlagen irgendwann saniert werden müssen. Dass der Einwohnerrat gestern und heute in der Aue tagt, bedeutet dass die Handballer, die normalerweise hier trainieren, eine externe Lösung suchen mussten. Gestern haben sie sich im Go Easy eingemietet. Heute war allerdings in der ganzen Region keine einzige Halle frei. Andererseits hat es einen positiven Nebeneffekt, wenn die Einwohnerratssitzungen hier stattfinden. Das WLAN wurde verbessert. Jetzt sind sogar Handballspiele im Live-stream möglich, was besonders in der Corona-Zeit interessant ist.

Ich bedanke mich für die gute Aufnahme. Wir haben ein fundiertes, gutes Planungsinstrument. Es hat wirklich lange gedauert. Ich glaube aber, dass es gut war, dass wir uns die Zeit genommen haben, um insbesondere die Abklärungen betreffend weiteres Vorgehen Aue in das Konzept aufnehmen zu können. Es zeigt, dass die Sportinfrastrukturen intensiv genutzt werden. Das ist ein wichtiges Thema angesichts der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung. Wir haben im Finanz- und Investitionsplan aufgezeigt, welche Investitionen in den nächsten zehn Jahren angedacht sind. Für alle diese Vorlagen wird es natürlich separate Kreditvorlagen geben, über die Sie als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte einzeln abstimmen können.

Zur Bemerkung zur Burghalde: Das ist durchaus keine Fehlplanung. Auf der Sek I-Stufe werden sich die Zahlen weiterhin stark entwickeln. Das neue Schulhaus und somit auch die neue Sporthalle werden sehr schnell voll belegt sein. Es sind also wichtige und dringend benötigte Investitionen in Schul- und Sportanlagen zu tätigen.

Bei Rasenflächen ist die Nachfrage gross, auch was Frauen anbelangt. Auch die jungen Mädchen wollen Fussball spielen. Der Raum in einer Stadt ist natürlich begrenzt. Wie bereits erwähnt, haben wir versucht, in dieser Vorlage relativ neue Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die vorhandenen Infrastrukturen optimaler genutzt werden können.

Es ist ein Planungsinstrument, das irgendwann auch überarbeitet werden muss, grundsätzlich alle zwei Legislaturen. Das nehmen wir uns auch vor.

An dieser Stelle bedanke ich mich auch bei allen, die mitgewirkt haben, bei der Fachstelle Sport, der Abteilung Immobilien, der Sportkommission, den Sportvereinen, welche bei der Bedarfsanalyse mitgewirkt haben, und bei der Autorin Cécile Gmünder, die das GESAK im Rahmen einer CAS-Arbeit verfasst hat.

Beschluss:

Vom Gemeinde Sportanlagenkonzept der Stadt Baden (GESAK) wird Kenntnis genommen. (grossmehrheitlich)

10. Sporthalle B; Kantonsschule Baden; Verpflichtungskredit (59/20)

Markus Rausch, Präsident Finanzkommission

Bis auf die administrative Hürde, dass der Finanzkommission das GESAK-Konzept nicht vorlag, gab es von der Finanzkommission keine weiteren Fragen. Manfred Schätti und Philippe Ramseier haben das Informationsleck lösen können.

Die Kommission konnte sich überzeugen, dass die neue Sporthalle notwendig ist. Eine Doppelhalle B ist für Baden und die Region eine wichtige Ergänzung des regionalen Hallensportangebots und unterstützt den gesellschaftlich wichtigen Vereinssport.

Die Finanzkommission unterstützt die Finanzierungsform der zusätzlichen Halle durch eine Miete. Somit sind keine Investitionen nötig, und es fallen auch keine Abschreibungen an.

Die Finanzkommission unterstützt beide Anträge einstimmig.

Thomi Bräm

Die Halle B ist längerfristig auf die Zukunft ausgerichtet, damit die Stadt gewisse Freiheiten betreffend Grossfeldkapazitäten erhält. Der Stadtrat hat einer finanziellen Beteiligung an eine Doppelhalle B auf dem Areal der Kantonsschule Baden zugestimmt. Der Kostenaufwand ist im Rahmen. Wir erhalten etwas Schönes für CHF 1,1 Mio. Diese Zusammenarbeit mit dem Kanton lohnt sich auf jeden Fall. Für die Badener Sportvereine ist die Lösung der Halle B wichtig. Der Projektwettbewerb wurde unterdessen vom Kanton mit einer Doppelhalle B gestartet. Somit besteht die Chance, dass wir eine zusätzliche Grossfeldhalle nutzen können.

Der Bedarf an wettkampftauglichen Grossfeldflächen mit Sturzraum ist gross. Gewisse Hallensportarten, wie z. B. Grossfeld Unihockey, könnten in der Halle A nicht ausgeführt werden. Nur Aue und Kanti bieten diese Möglichkeit.

Wir wissen heute nicht mit Sicherheit, wie es in einigen Jahren im Go Easy weitergehen wird. Der Darlehensvertrag läuft im Jahr 2026 ab. Es macht Sinn, dass wir dem Projekt der Halle B in der Kantonsschule zustimmen. Das gibt uns Sicherheit. Es sollten nicht nur die Vereine, sondern vielleicht auch der Schulsport profitieren. Eine Nutzung zwischen Schulschluss und Vereinssportzeit wäre denkbar. Das müsste mit dem Kanton verhandelt werden.

Wir alle, und auch die Sportkommission, müssen aber jetzt unbedingt betreffend einer zusätzlichen Dreifachturnhalle dranbleiben. Das ist auch die Meinung der IG Sport. Die Anforderungen an die Hallengrösse wachsen durch Anpassungen in den Sportreglementen betreffend Sicherheit und Sturzräumen.

Der Bedarf ist trotz dieser neuen Halle B auf jeden Fall vorhanden. Falls Fusionen mit anderen Gemeinden möglich werden, könnte es wieder Landreserven für neue Möglichkeiten geben. Die involvierten Stellen sollen sich bitte bereits gedanklich darauf einstellen. Es wird vermutlich trotzdem zehn Jahre dauern, bis es soweit sein wird.

Die Fraktion der Mitte unterstützt den Verpflichtungskredit für die Halle B.

Esther Frischknecht

Wir wissen ja nicht erst seit dieser Vorlage, dass wir in der Stadt Baden ein Manko an grossen Sporthallen haben. Dass wir bei der Erweiterung der Kanti Baden die Chance erhalten mitzuwirken, dass statt der notwendigen kleinen Halle eine grössere Halle gebaut wird, ist unseres Erachtens ein Glücksfall. Wir von der FDP erachten auch den zur Genehmigung vorliegenden Betrag von gut CHF 1,1 Mio., respektive die wiederkehrenden Nutzungskosten von CHF 6'500, als sehr gut und fair.

Die FDP-Fraktion stimmt daher diesem Verpflichtungskredit einstimmig zu und nimmt die wiederkehrenden Nutzungskosten zur Kenntnis.

Georg Gindely

Wir von der SP begrüssen diese Vorlage sehr. Der Bedarf ist klar ausgewiesen, und die Lösung finden wir ausgesprochen gut. Es ist eine vorausschauende Lösung. Die Verwaltung hat erkannt, dass eine Turnhalle gebaut wird. Man kann sich anschliessen und etwas zusammen realisieren. Das ist eine schlaue Lösung, weil man nicht allein, sondern zusammen mit dem Kanton etwas auf die Beine stellen kann. Es ist dadurch auch eine zahlbare Lösung. Vor allem ist es eine wichtige Lösung für den Sport in Baden.

Aus diesen Gründen stimmt die SP gerne zu.

Adrian Gräub

Dass eine Kreditanlage in unserer Fraktion nichts zu diskutieren gibt, ist sehr selten. Das war hier der Fall. Der Bedarf für diese Halle ist unumstritten, was auch das Sportanlagenkonzept zeigt. Das Vorhaben ist plausibel und die Finanzierung maximal gut. Wie vorhin schon gesagt wurde: Man kann hier von einem Glücksfall sprechen.

Deshalb stimmen wir als Fraktion einstimmig zu und nehmen Kenntnis von den wiederkehrenden Kosten.

Norma De Min

Im GESAK ist klar ausgewiesen, dass in Baden ein Bedürfnis für eine Grossfeldhalle besteht. Dazu eine kleine Anekdote: Ich habe gestern, nach meiner Vereidigung, auf Instagram gepostet, dass man mir gerne schreiben kann, wenn man Inputs für den Einwohnerrat hat. Prompt schrieb ein Kollege, der Unihockey spielt, ob ich mich nicht für die Grossfeldhalle einsetzen könne. Es ist für ihn und seinen Verein zurzeit schwierig, und sie brauchen unbedingt eine solche Halle. Bis jetzt hat Baden mit dem gescheiterten Projekt Aue und der verpassten Chance Burghalde, und auch mit der zu klein geratenen Halle beim BBB, die Chance für eine Grossfeldhalle verpasst. Die Kanti Baden ist sicherlich ein guter Standort, der im Gegensatz zum Go Easy auch besser mit dem ÖV erreichbar ist.

Wir stimmen diesem Verpflichtungskredit zu und nehmen die wiederkehrenden Kosten zur Kenntnis.

Philippe Ramseier, Stadtrat

Ich bedanke mich für die positive Aufnahme.

Ein Prozess, der in unseren Augen, nach der BIS (Boden- und Immobilienstrategie), sehr gut funktioniert hat. Es wurde ein Bedürfnis an wettkampftauglichen Grossflächen vom Sportkoordinator der Abteilung Bildung angemeldet. Die Abteilung Immobilien hat gemeinsam mit dem Kanton die Chance ergriffen, das so aufgenommen und angeboten. An dieser Stelle bedanke ich mich insbesondere beim Sportkoordinator Andres Greter für den Sondereffort in dieser Sache.

Ich bin überzeugt, dass das zusammen mit dem Kanton eine tolle Sache wird, auf die wir uns freuen können.

Beschluss:

1. Für einen finanziellen Beitrag an die Erstellung einer Doppelhalle B anstelle einer Doppelhalle A auf dem Areal der Kantonsschule Baden wird ein Verpflichtungskredit von maximal CHF 1'136'400 inkl. MWST, finanziert mit jährlichen Beträgen von maximal CHF 56'820 (Berechnungsgrundlage: 50% der Zusatzkosten, d. h. maximal CHF 1,0 Mio., Zinssatz Annuität 1,25%, gekoppelt an LIK1) über das Budget der Abteilung Bildung, Fachstelle Sport, während 20 Jahren, genehmigt. (einstimmig)
2. Die jährlich wiederkehrenden Nutzungskosten von CHF 6'500 zulasten der Erfolgsrechnung werden zur Kenntnis genommen. (einstimmig)

11. Dringliche Motion Nadia Omar und Mitunterzeichnende vom 12. August 2020 betreffend Überarbeitung von Badens WOV (45/20); Wahl einer nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommission

Mallien Sander, Einwohnerratspräsident

Das Vorgehen ist wie folgt:

Zuerst die Stellungnahmen. Danach die Abstimmungen über die einzelnen Anträge.

Für die Kommission vorgeschlagen sind:

- Alex Berger, SP
- Jürg Mützenberg, Grüne
- Nadia Omar, team baden
- Reto Huber, CVP
- Gian von Planta, glp
- Mark Füllemann, FDP
- Martin Bürlimann, SVP

Daniel Glanzmann

Martin Bürlimann ist schon eine Zeit lang bei uns in der Partei. Er kommt aus Zürich und war dort Gemeinderat. Das ist parallel zu uns der Einwohnerrat. Er war dort sehr engagiert. Er besitzt somit politische Vorkenntnisse und ist bei Budget und Rechnungen sattelfest. Er ist auch sonst sehr interessiert. Deshalb haben wir ihn vorgeschlagen. Zudem bringt er aus Zürich sicherlich Erfahrung mit. Das sind "linke" Erfahrungen. Wir hoffen, dass er sie bei uns Bürgerlichen so einbringt, dass es uns gefällt.

Beschluss:

1. Die Mitgliederzahl der nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommission wird auf sieben festgelegt.
2. Die sieben genannten Personen sind gewählt.
3. Die Stimmengewichte der Mitglieder der Kommission sind identisch (pro Person eine Stimme).
4. Die Kommission hat sich selbst zu konstituieren.
5. Die Verwaltung hat die Kommission zu unterstützen. Sie hat insbesondere die Kommission mit den notwendigen Informationen zu versorgen und einen Aktuar bzw. eine Aktuarin zu stellen.
6. Das Sitzungsgeld wird für ein Mitglied der Kommission auf CHF 80 pro Sitzung festgelegt. Das Präsidium der Kommission wird mit zusätzlichen CHF 40, insgesamt also mit CHF 120 pro Sitzung entschädigt.

(einstimmig)

Sander Mallien, Einwohnerratspräsident

Wir sind am Ende der Sitzung. Ich bedanke mich für die engagierten und interessanten Voten und für Ihre Disziplin. Wir treffen uns für die nächste Sitzung am 8. Dezember 2020 im Trafo-Saal.

Ob evtl. in irgendeiner Form ein Jahresendanlass durchgeführt werden kann, wird uns die Corona-Pandemie noch zeigen. Der Entscheid über einen evtl. Weihnachtsanlass, der am 9. Dezember stattfinden würde, werde ich bis am Montag, 16. November 2020, fällen und Ihnen mitteilen.

Bleiben Sie gesund!

Sitzungsende: 21.34 Uhr

EINWOHNERRAT BADEN



Sander Mallien
Präsident



Marco Sandmeier
Protokollführer